Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2017 *67. Jahrgang, Nr. 781/82*

„Wir werden uns damit nicht abfinden!“

Die VOS protestiert mit einem nachdrücklichen Schreiben an die Konzernspitze der Deutschen Bahn AG gegen das Vorhaben, einen ihre neuen ICE-4-Züge nach Karl Marx zu benennen

Seitdem die Deutsche Bahn AG die Einführung des neuen ICE 4 mit der Verwendung von Namen deutscher Persönlichkeiten aus der Geschichte unseres Landes beschlossen hat, gibt es – nicht nur unter den SED-Opfern – eine heftige Diskussion, ob die Verwendung des Namens Karl Marx zulässig ist.

Da sich die Spitze des Konzerns bisher offenbar keine Gedanken über die zu erwartenden Reaktionen bei einem Marx-ICE gemacht hat, ergriff nun Maximilian Meurer aus Wittich-Bernkastel die Initiative und wandte sich im Namen der ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ und DDR an die Führung des Bahn-Konzerns. Das Ersuchen der Opfer lautet: Der Name Marx darf nicht auf diese Weise verwendet werden. Und dies auch nicht unter dem Aspekt, dass andererseits NS-Opfer wie die Geschwister Scholl oder Dietrich Bonhoeffer ebenfalls als ICE- Namen ausgewählt wurden.

Sehr geehrter Herr Dr. Grube,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor einigen Tagen konnten wir Medienberichten entnehmen, dass die Deutsche Bahn AG plant, ihre ICE-4-Züge nach bekannten Persönlichkeiten der deutschen Geschichte zu benennen. So soll u. a. auch ein Zug ihrer Flotte den Namen des Begründers des sogenannten „wissenschaftlichen Kommunismus“, Karl Marx, tragen.

Diese Instinktlosigkeit der Deutschen Bahn AG können und werden wir ehemaligen politischen Häftlinge und Opfer des Kommunismus nicht ohne Weiteres hinnehmen. Mit dieser Entscheidung verhöhnen Sie alle die Menschen, welche für Freiheit und Gerechtigkeit im geteilten Deutschland, gekämpft und gelitten haben und die verfolgt wurden.

Karl Marx hat als Vater und Begründer des menschenfeindlichen Kommunismus Millionen von Menschen um ihre Zukunft betrogen. In seinem Namen wurden schreckliche Verbrechen begangen und fortwährend die Menschenrechte verletzt. Millionen Tote, Millionen vertriebene und heimatlose Menschen, Zwangsarbeit, Terror, Deportation und Vernichtung standen auf der Agenda des Kommunismus. Traurige Höhepunkte waren die stalinistische Säuberungswelle in Russland und Osteuropa, die maoistische Kulturrevolution in China, die blutige Niederschlagung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953, die brutale Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes 1956, die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 in der damaligen CSSR, die Mauertoten an der innerdeutschen Grenze, der Steinzeitkommunismus von Pol Pot und jüngst die Diktatur in Nordkorea.

Der namhafte russische Philosoph Alexander Zipko führt u. a. aus, dass die Quellen des Stalinismus in der marxistischen Lehre liegen. Waleri A. Wolin, der damalige Militäroberstaatsanwalt der Russischen Föderation äußerte sich auf dem Bautzen Forum der SPD am 17./18. Juni 1993 ebenfalls in diesem Sinne: „Wenn ich in meinem Vortrag über Repressionen spreche, dann wünsche ich mir, dass Sie den Begriff der Repression nicht mit dem Namen Stalins verbinden. Ob Stalin, Lenin, Ulbricht oder Breschnew – wir sind alle Erzeugnisse des Systems der Kommunisten. Ich muss Ihnen aber sagen, dass ich in den Jahren meiner Arbeit in der Rehabilitierungsverwaltung Akten und Unterlagen gelesen habe, die so schlimm waren, dass ich davon schlaflose Nächte hatte. Seit ich klein war, wurde uns der Hass gegen den Faschismus und alles Deutsche eingehämmert. Und nun im reifen Alter stehend, erfahre ich, dass die Kommunisten keinen Deut besser waren als die Faschisten – und oft haben jene diese sogar übertroffen.“

Wir fordern Sie auf, auf den Namen Karl Marx zu verzichten und stattdessen einen Widerstandskämpfer wie zum Beispiel den Berliner Prälaten Bernhard Lichtenberg, oder den ersten SPD– Vorsitzenden nach 1945 Kurt Schumacher oder den evangelischen DDR-Pfarrer Oskar Brüsewitz zu ehren, welche alle aktiv im Kampf gegen die braune und rote Diktatur ihrem Gewissen treu blieben.

Bitte überdenken und diskutieren Sie noch einmal Ihre Entscheidung, denn ich kann Ihnen versichern, wir werden uns mit Ihrer Namenswahl Karl Marx nicht abfinden.

Maximilian Meurer

Weitere Informationen über das Modell ICE 4 sowie über Karl Marx und dessen geschichtliche Rolle im Innenteil der Fg

Es ist Dezember, Weihnachten und Silvester nahen, und wie seit mehr als zwanzig Jahren üblich, möchte ich einen Blick auf die letzten zwölf Monate werfen und, weil es unerlässlich scheint, die gegenwärtige Situation im Land betrachten.

Ein wesentliches Fazit können wir am Ende des Jahres 2017 ziehen: Die VOS hat sich stabilisiert. Sie steht finanziell sehr gut da, und wir werden mit den Beiträgen und den (hoffentlich weiter anhaltenden) Spenden unserer Mitglieder auch in Zukunft im Rahmen unserer Möglichkeiten präsent sein. Wir haben einen neuen Bundesvorstand, von dem wir uns wieder Impulse erwarten, und die Freiheitsglocke bleibt uns ebenfalls erhalten – vorläufig als Doppelausgabe in zweimonatiger Erscheinungsweise.

Sorgen macht mir die zahlenmäßige Abnahme der Mitglieder des Verbandes. Ich habe darauf schon früh hingewiesen. Vergeblich – nicht nur weil man nicht auf meinen Warnruf achtete, sondern weil es schwer ist, neue Mitglieder zu gewinnen. Dennoch denke ich, dass wir auch mit einer kleineren Mitgliederzahl noch einige Jahre als Verband existieren werden. Es liegt letztlich nur an uns. Aufgaben und Ambitionen sind weiter vorhanden. Wir müssen sie, was die finanziellen Ziele und sozialen Aufgaben angeht, nicht wieder ausbreiten. Ich möchte allerdings auf unsere Rolle in der Zeitzeugen-Arbeit hinweisen. Hier leisten wir Großes, und hier haben wir nahezu unbegrenzt die Möglichkeit, an Aktivitäten zuzulegen. Dort, wo wir erscheinen, ob es Schulen oder andere Institutionen sind, können wir sehr viel für die authentische Geschichtsaufarbeitung tun und zugleich unseren Verband ins Gespräch bringen.

Im Oktober / November hat sich Bernd Pieper bei der Inszenierung eines Anti-Stasi-Theaterstücks am Gymnasium in Bünde (NRW) eingebracht, und Herbert Kühn war in Essen aktiv an der Einweihung eines Denkmals, bestehend aus zwei originalen Mauersegmenten, beteiligt. Ich selbst habe mit Detlef von Dechend in Dorsten zwei spannende Veranstaltungen absolviert, bei denen verschiedene Altersgruppen als Publikum dabei waren und wo heftig diskutiert wurde. Details kann man im Innenteil dieser Ausgabe nachlesen. Auch wenn solche Projektarbeiten anstrengend sind, gibt es einem bei gutem Gelingen eine erfreuliche Genugtuung. Fakt ist, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zwar partielle Erinnerungen aus ihrem eigenen Erleben haben, doch die Vorstellungen über die SED-Diktatur in ihrer Komplexität sind unklar.

Auf ein Wort zum Jahreswechsel

Die politische Entwicklung in unserem Land kann ich hingegen nicht mit einer ähnlichen Zuversicht bewerten. Unter einer stabilen Regierung verstehe nicht nur ich etwas anderes, als wir es derzeit erleben. Das Abwarten und Taktieren der an den Regierungsbildungsgesprächen beteiligten Fraktionen kann einfach nicht im Sinne der Wählerinnen und Wähler sein. Man stelle sich vor, es würde derartige Verzögerungen an anderer Stelle geben. Die Empörung wäre groß. Sicherlich hat jeder von uns die möglichen Koalitionsvarianten mit seinen Freunden schon diskutiert und darüber geredet, was politischer Egoismus ist und wie verderblich er sein kann. Groko, Jaimaka oder Minderheitsregierung? Ansonsten Neuwahlen?

Die Frage stellt sich inzwischen, ob uns Neuwahlen – die dann erst weit im nächsten Jahr stattfinden würden – etwas bringen könnten. Vermutlich würde die Reihenfolge der Parteien unverändert bleiben. Nur dass Union und SPD noch weniger Stimmen bekämen. Viele Bürger würden den Gang zu Urne vermutlich ohnehin scheuen, weil eine Lösung des derzeitigen Wirrwarrs nicht abzusehen ist. Das Geplänkel und Gerede, das wir erleben, mag bestenfalls einzelnen Personen oder den Parteien dienen, unserem Land und der Bevölkerung dient es nicht. Das Vertrauen in die Politik sinkt zunehmend. Wir befinden uns in einem Verwirrspiel, in dem die politischen Themen nur noch als Schlagworte gehandelt werden. Es heißt, unser Land wird trotz des Durcheinanders an stetigen Kritiken, Vorwürfen und gegenseitigen Beschimpfungen stabil regiert. Tatsache aber ist, dass das Thema Flüchtlingspolitik für Unruhe sorgt. Wie viele Flüchtlinge kommen noch, wie viele werden das Land verlassen? Es gibt keine eindeutigen Zahlen, und keine erkennbaren Regelungen. Nur Streit und Zurechtweisungen. Tatsächlich habe ich mitunter das vage Gefühl, als wehe ein Hauch DDR durch das Land.

Der Blick ins Ausland kann uns ebenso wenig gleichgültig lassen. Putin, Erdogan, Trump – mehr muss man nicht sagen. Dazu das unberechenbare Regime in Nordkorea, das hinterhältige Verhalten Chinas. Können es sich unsere Politiker leisten, im Angesicht der Unruheherde auf diesem Erdball um Posten und Prozente zu streiten und das Land ohne verlässliche Regierung zu lassen?

Es heißt, es ist keine Staatskrise, in der wir uns befinden. Nein, eine Krise könnte man mit konkreten Schritten beseitigen: Man würde, ohne den Weg der Demokratie zu verlassen, Leute ablösen, die mit Verantwortung nicht umgehen können und die für künftige Aufgaben nicht (mehr) geeignet oder erwünscht sind. Ich möchte hier keine Namen nennen, aber wir alle wissen, wie es um die schrumpfenden Volksparteien steht: Da liegen schwere Deckel auf Kesseln, in denen es fürchterlich brodelt.

Trotz allem appelliere ich an die Leserinnen und Leser, nicht den Mut zu verlieren. Die Opfer des Kommunismus' haben Schlimmeres erlebt, und sie haben unter großen persönlichen Leiden ihren Teil zur Rettung der Demokratie beigetragen. Wir werden auch jetzt unseren Anteil zur Stabilisierung der Verhältnisse beitragen und das Land nicht im Stich lassen.

Auch in diesem Dezember wünsche ich – auch im Namen des Geschäftsführers und des Bundesvorstandes – allen Leserinnen und Lesern der Fg ein friedvolles Weihnachtsfest und Gesundheit und Glück im neuen Jahr.

Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Marx – eine Geschichtslüge soll Fahrt aufnehmen?

Titelseite / Hauptthema
Frei Fahrt für Marx und den Kommunismus?
Die verwegenen Ideen der Deutschen Bahn AG

Redaktionsthema:
Unser Land, unsere Politik: Wer mit wem?
Geht es um die Wählerinnen und Wähler oder um die Befindlichkeiten der Fraktionen? 2

Dieses Ziel dürfen wir nicht aus den Augen verlieren!
Peter Heubach steckt den Weg ab, aber er ist auf Unterstützung der Kameraden angewiesen 4

Ein Abschied, der sehr wehgetan hast
Wolfgang Mayer wurde in Greiz beigesetzt 4

Für den Wahlkampf noch tauglich
Im August besuchte die Kanzlerin die Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen 5

Warum lassen wir das außer Acht?
Das Thema Haftentschädigung wird innerhalb unserer Forderungen übergangen 5

Das darf auf keinen Fall zugelassen werden die Erinnerung wachgehalten
- Mit dem Marx-ICE in Höchstgeschwindigkeit bewusst in die Geschichtslüge hinein?
- Das Thema Haftzwangsarbeit bleibt unberührt 6 - 7

Die Erinnerung wird wachgehalten
Die Oktober-Demonstrationen 1989 in Rostock dürfen nicht vergessen werden 7

Erfahrungen an junge Leute weitergeben
Gute Ergebnisse in Sachsen 8

Warum fehlte die Erinnerung?
VOS fragt den Neubrandenburger 8

Die Haftgeschichte zum Fest:

Diese Erinnerung ist beeindruckend und unauslöschlich
Die Frauen von Hoheneck bescherten sich ein improvisiertes, unvergessliches Weihnachtserlebnis 9

Abschied nicht ohne eine gewisse Wehmut
Michael Späth verlässt die Landesgeschäftsstelle Berlin der VOS 10

Das Lied des Sozialismus gesungen und die Gaben des Westens eingestrichen
Für DDR-Künstler und Autoren war die DDR ein Schlaraffenrand 11

Entfristung wäre unbedingt erforderlich
Es geht immer noch um die Gültigkeitsdauer der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze 12

Vom schweren Anfang in der Freiheit
Ein Buch über die Aufnahmelager 13

Die Haltungen der Täter sind schlimm
Für das Unrecht fühlt sich keiner schuldig 13

Die Diskussionen hatten es in sich
Zeitzeugenveranstaltungen in NRW räumen mit falschen Ansichten auf 14

Die Mauer soll uns im Gedächtnis bleiben
Zwei künstlerisch gestaltete Segmente unter VOS-Beteiligung in Essen aufgestellt 15 - 16

Es wäre schade, wenn wir ihn nicht finden würden
Die Suche nach dem Zeichner von Cottbus ist bisher erfolglos geblieben 16

Ein schweres Schicksal, das sich hinter diesem freundlichen Menschen verbirgt
Der Schauspieler Jochen Stern stellt in Bautzen sein neues Buch vor 17

Was die Zuschauer erlebten, war der Lohn für harte und kreative Arbeit
Das von-Stein-Gymnasium in Bünde inszeniert ein selbstverfasstes Theaterstück 18 – 19

Seine Spuren sind noch lange sichtbar
Der erst kürzlich verstorbene Wolfgang Mayer hatte noch eine Presserklärung verfasst 19

Unser Mann an der Berliner Touristenfront
Mauerkreuze und Knast-Uniform 20

Zitate, Wahlprüfsteine 8, 13
Erinnerungen, Areale 11, 13
Info Berlin LStU, Nachrufe 13, 19
Impressum / Porträt 20

Das Zitat nach der Wahl:
Unser Puls schlägt für die Würde. Niemand sollte sich irgendwo anbiedern müssen. *Andreas Kaiser*

Danke an alle großartigen Spender, auch wenn es diesmal nicht so viele sind

Achtung!, dieser Ausgabe liegt kein Überweisungsträger bei. Bitte beenden Sie trotzdem das alte Jahr oder beginnen Sie das neue mit einer Spende für unseren Verband!

Helmut Steudel, Dr. Georg Steinhagen, Wilfried Seifert, Anneliese Fratz, Dr. Martin Hoffmann, Klaus Feibig, Detlef Watzlaweck, Wilhelm Sperling, Eckhard Weiner, Eberhard Kaduk, Gerd Ahnert, Hartmut Reich, Ursula und Heinrich Werner, Günter Steinrücken, Jürgen Wendler, Reinhard Köhler, Erhart Krätzschmar, Horst Holtz, Bernd Noll, Werner Mieth, Helmut Günther, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Dr. Bernd Palm, Gisela Gärtig, Helmut Schlönvoigt, Horst Lindemuth, Detlef von Dechend, Karla und Dieter Bachmann, Sabine Steckroth, Ferdinand Gesell, Helmut Kropp, Christoph Becke, Martin Pescheck, Fritz Scharschmidt, Ursula und Kurt Siehl, Roland Wünsche, Roland Steinbach, Karl-Heinz Ulrich, Melanie Kollatzsch, Dorothea Harder, Uta und Rudolf Keick, Günter Uhlig, Heinz Bemme

Kontoverbindung auf der letzten Seite dieser Ausgabe.

Der Deutsche Bundestag würdigt das schwere Schicksal der Opfer und ihrer Angehörigen, denen durch die kommunistische Gewaltherrschaft Unrecht zugefügt wurde. Sie wurden gefoltert, gequält und getötet. Sie wurden in ihrem beruflichen Fortkommen behindert, schikaniert und diskriminiert. Sie wurden verschleppt. Sie wurden unter Missachtung elementarer Grundsätze der Menschlichkeit aus ihrer Heimat, von Haus und Hof und aus ihren Wohnungen vertrieben. *Aus: Ehrenerklärung für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft vom 17. Juni 1992*

Die Initiative ergreifen, bevor es gänzlich zu spät ist

Es werden weiterhin Bereitwillige gesucht, die im Arbeitskreis zur Aberkennung von hohen MfS-Titeln mitwirken

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

Im Frühjahr 2017 wurde ich vom Bundesvorstand unseres Verbandes gefragt, ob ich bereit wäre, einen Arbeitskreis zur Aberkennung der akademischen Grade des früheren MfS zu bilden und dessen weitere Arbeit aktiv mitzugestalten.

Da ich selbst von einem dieser undemokratischen Abschlüsse im minderjährigen Alter und als Jung-Erwachsener betroffen war, stellte ich mich für diese Aufgabe und für das entgegengebrachte Vertrauen gern zur Verfügung.

Um die Gründung eines solchen Arbeitskreises vorzubereiten und eine handlungsfähige Basis für sein späteres Wirken schaffen zu können, brauche ich unbedingt Hilfe und Unterstützung.

Das wäre:

1. Es werden weitere Schicksale gesucht, die durch die Träger der Abschlüsse (z. B. Diplom- und Fachschularbeiten) der Juristischen Hochschule Potsdam (oder ähnliche gelagerte Abschlüsse mit dem Ziel der Zersetzung von Menschen durch das MfS) entstanden sind. Es handelt sich um Biografien und Personen, die auf diese Weise zerrstört worden sind.
2. Es gilt, Antworten auf die Frage zu finden: Sind heute noch Absolventen dieser Einrichtungen in Berufen tätig, die mit den ungerechtfertigten Graden, Titeln und Abschlüssen in Verbindung stehen bzw. auf diesen aufbauen?

Unser gemeinsames wichtiges Ziel sollte bis zum 30. Jahrestag der politischen Wende im Jahre 2019 und darüber hinaus sein:

1. Eine Anhörung dieser Problematik im Deutschen Bundestag zu erreichen, damit die Abgeordneten überhaupt erst einmal auf unser Anliegen aufmerksam werden.
2. Die konsequente Aberkennung der akademischen Grade, die an den Schulen des MfS verliehen wurden, zu erreichen.

Dabei stellt sich auch die Frage, wie weit eine Unterstützung durch die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit und die Landesbeauftragten der jeweiligen Bundesländer möglich wäre.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Euer Peter Heubach, Bezirksgruppe
der VOS Mecklenburg-Vorpommern

Hinweis: Interessierte an diesem Arbeitskreis wenden sich bitte zunächst an die Bundesgeschäftsstelle der VOS, von wo die Daten an Peter Heubach weiter gegeben werden. Kamerad Heubach arbeitet schon mehrere Jahre an dem hier genannten Projekt.

VOS

Meldungen
Initiativen
Berichte
Inhalte

Die Trauer und die Erinnerungen bleiben für immer

Hinterbliebene, Freunde und die treuesten Kameraden nehmen in Greiz Abschied von Dr. Wolfgang Mayer

Pünktlich habe ich die neue FG mit den Nachrufen für unseren teuren Kameraden Wolfgang Mayer, der im vorigen Monat leider viel zu früh verstorben ist, erhalten und habe sie für *sehr gut* befunden. Danke.

Ich war gemeinsam mit anderen Kameraden am 14. Oktober in Greiz zur Trauerfeier. Leider hatten es die VOS und auch unser Rentenverein IEDF (300 Mitglieder) nicht für nötig befunden, wenigstens eine kleine Abordnung nach Greiz zu delegieren. Das ist sehr schade und angesichts der Verdienste, die sich Dr. Mayer im Kampf für die Besserstellung der SED-Opfer erworben hat, eigentlich auch keine gute Geste. Zu bedauern wäre auch, dass auf der schon länger geplanten IEDF- Versammlung am 14. Oktober 2017 keine Gedenkminute eingelegt worden ist. War es doch gerade Wolfgang Mayer, der sich sehr um eine Verbindung beider Gruppierungen bemüht hat und der das Thema Renten-Unrecht innerhalb des Opferverbandes erst klar und deutlich publik gemacht hat. Gar nicht zu reden von den Demos, die in Berlin in den letzten Jahren stattgefunden haben. Auch hier hat Wolfgang entscheidend Initiative entwickelt.

Letztlich ist er trotz seiner schweren Erkrankung mit uns auf der Straße gewesen und vor das Ministerium von Andrea Nahles gezogen.

Zu diesen Demos kamen übrigens viele IEDF- Mitglieder nach Berlin und später nach Karlsruhe, obwohl das für uns "Alte" eine gesundheitliche und finanzielle Herausforderung darstellte! Ich fuhr z. B. immer mit Flixbus, aber die VOS finanzierte auch den Lautsprecherwagen! Danke.

Die Trauerfeier war würdig und hauptsächlich von Verwandten und treuen Kameraden besucht. Das Forum "Flucht und Ausreise", das Wolfgang Mayer aufgebaut hat, wird auf jeden Fall weitergeführt, mag es auch schwer werden. *Fritz Schaarschmidt*

Anm. d. Red.: Kamerad Wolfgang Mayer verstarb vor zwei Monaten an den Folgen einer Krebserkrankung. Er veröffentlichte Bücher, betrieb ein Internet-Forum und organisierte Demonstrationen und Mahnwachen. Mit ihm hat die VOS einen aktiven Kämpfer für Demokratie und Menschenrechte verloren.

Rundgang in der Brutstätte einer verhängnisvollen Gesinnung

Kanzlerin Angela Merkel besuchte im August auch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

In der letzten Ausgabe versäumten wir es, über den Besuch von Kanzlerin Angela Merkel in der Opfergedenkstätte Berlin-Berlin- Hohenschönhausen zu berichten. Selbiger Besuch fand am 11. August zwischen 11 und 12 Uhr statt, wobei sich Frau Merkel in Begleitung von Hubertus Knabe (Gedenkstättenleiter), Monika Grütters (Kulturstaatssekretärin) und Berlins Kultursenator Klaus Lederer (LINKE) befand. Anlass des Besuches war zum einen der Wahlkampf, in dem auch ehemalige DDR-Opfer zur Stimmenabgabe für die CDU ermuntert werden sollten, zum anderen ist geplant, die Gedenkstätte zu erweitern und sie in noch größerem Maße als bisher Besuchern zugänglich zu machen bzw. sie auch zunehmend für Veranstaltungen zur Aufarbeitung des menschenfeindlichen SED-Staates zu nutzen.

Bereits jetzt ist dieser Platz des Stasi-Grauens vielfacher Magnet für Schüler- und Touristengruppen. Dies ist umso wichtiger, als der militante Linksradikalismus, der im Schatten rechter Gewalttaten geradezu einen Boom erlebt, mit seinen erschreckenden Ausbrüchen kaum noch in den Griff zu bekommen ist. So erklärte die Kanzlerin denn auch besorgt mit Blick auf die kriegsähnlichen Straßenkämpfe im Juni in Hamburg, dass man sich auch um die „Erscheinungsformen“ des „heutigen Linksradikalismus“ mehr „kümmern“ müssen. Leider ist es bis jetzt bei dieser dünnen Absichtserklärung geblieben, unser Land hat seit Monaten ein anderes Gesprächsthema, es heißt Regierungsbildung.

Für den Ausbau der Gedenkstätte der ehemaligen Stasi-Haftanstalt sind bei Bund und Land Berlin als Geldgeber zusammen 9 Millionen Euro im Gespräch. Neben der Erweiterung der Ausstellungs- und Seminarräume sind auch Sanierungsarbeiten vorgesehen. Wichtig ist, dass nun auch der Vernehmer-Bereich rekonstruiert wird. Hier wurden schlimme Schicksale von Häftlingen entschieden, es spielten sich bittere Szenen ab. Vielfach werden die Gräuel von einst lediglich durch die baulichen Anlagen belegt. Dies ist zwar wichtig, denn sowohl die Zellen wie auch die Freihofkäfige bieten das wirkungsvolle Anschauungsmaterial in Sachen Unrecht, doch was sich abspielte, wenn es um erzwungene Geständnisse und Haftstrafen ging, kann man nicht ohne weiteres ersehen. Hier bedarf es authentischer Rekonstruktionen, zu denen auch Vernehmungsprotokolle und Gerichtsurteile gehören sollten.

Dies jedenfalls sollte man zum einen Frau Merkel, zum anderen auch dem Berliner Kultursenator übermitteln. Die LINKE, mag das mittlerweile auch kaum jemand hören wollen, nährt sich nach wie von der Wurzel des SED-Unrechts. Es würde sich gehören, dass die Damen und Herren ihrer Fraktion – bevor sie im Bundestag anderen Parteien Vorhaltungen machen – an einer Führung durch die Brutstätte der SED-Verbrechen teilnehmen.

Festzuhalten bleibt, dass Frau Merkel bei ihrem Rundgang im August nicht nur mit Zahlen und Informationen gefüttert wurde, sondern dass sie überraschend einem weiblichen Ex-Häftling gegenüberstand. Die ehemals wegen versuchter Republikflucht hier inhaftierte Krankenschwester verbrachte ab 1978 fast zwei Jahre in der Haft und durfte 1982 in den Westen übersiedeln. Nun fehlen ihr wegen beruflicher Benachteiligung wichtige Punkte in der Rentenversorgung. Dies ist kein Einzelfall, nicht umsonst ist die VOS bislang ein entscheidender Motor bei den Demonstrationen gegen das Rentenunrecht gewesen.

Ob Frau Merkel wirklich, wie sie es zusagte, den Sachverhalt prüfen wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig hat sie andere Sorgen – wir wissen es alle – und da muss sogar die internationale Bühne der Politik ohne sie auskommen.

Etwas bedauerlich ist es freilich, dass kein Vertreter eines Verbandes der SED-Opfer von dem Kanzlerinnen-Auftritt erfahren und ihn wahrgenommen hat. Denn in unserem ureigenen Interesse steht die Opferrente, bei der wir schon lange eine flexiblere Handhabung – sprich Anpassung an die Rentenerhöhungsrate und die Aufhebung des Halbjahreslimits – erwarten.

Valerie Bosse

Ein Möglichkeit, die wir uns keineswegs entgehen lassen sollten

Die Frage einer höheren Haftentschädigung wird von uns offenbar nicht mehr gestellt. Warum?

In der letzten Zeit passiert kaum noch etwas Konkretes, das unsere persönliche Situation in finanzieller Hinsicht bessern kann. Das mag an der unklaren politischen Lage im Land liegen, die uns lange rätseln ließ, wer denn nun der Ansprechpartner für unsere Fragen und Interessen ist. Ungeachtet dieses ermüdenden Rätselratens um das Zustandekommen einer neuen oder alten Regierung müssen sich die Opfer eingestehen, auch schon während des Wahlkampfes nicht nur zu wenig, sondern irgendwie gar kein Gas gegeben zu haben. Wir hatten die Wahlprüfsteine, das stimmt, und diese wurden nur zum Teil oder unkonkret beantwortet. Bis vor zwei Jahren haben wir uns auch um das Thema Zwangsarbeit bemüht. Auch da ist es – sind wir – still geworden. Nun kam in den Medien das Stichwort Haftentschädigung zur Sprache. Nicht für uns Sozialismus-Opfer, das versteht sich. Aber allgemein wurde bekannt, dass es aktuell 25 Euro pro unschuldig in der Haft verbrachten Tag gibt. Das macht im Monat rund 750 Euro. Daraufhin hub ein heftiges Geschrei in den Medien an: Das wäre viel zu wenig.

Erinnern wir uns, was wir bekamen: zunächst 300 DM, später wurde der Betrag verdoppelt. Man rechne die Summe auf Euro um, und da sieht man, dass hier eine gewaltige Lücke klafft. Noch dazu, wo man weiß, dass die heutigen Haftbedingungen von anderer, nämlich besserer Art sind als jene in SBZ/DDR.

Soll heißen: Hier besteht Handlungsbedarf, ganz dringend. Gerade für länger Inhaftierte könnte es ein schönes Sümmchen geben. *Tom Haltern*

Mit Marx im ICE 4 durch ein kommunistisches Deutschland?

Ist es Naivität oder politische Absicht: Die Deutsche Bahn AG will einen ihrer modernen Züge nach dem Begründer der kommunistischen Ideologie benennen

Ein Aufschrei geht durch die Reihen der Kommunismus-Opfer und der Verbündeten. Bei der Namensgebung für die in Deutschland neu eingesetzten ICE-4-Züge, deren Zahl nach und nach zahlenmäßig stark aufgestockt werden soll, verlegte sich der Konzern Deutsche Bahn AG auf attraktive Namen, die mit großen deutschen geschichtlichen Persönlichkeiten aus den Bereichen Kultur, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Sport verbunden sind. Um bei deren Vergabe aus einem möglichst großen Angebot eine Auswahl treffen zu können, waren Teile der Bevölkerung im Oktober aufgerufen worden, Vorschläge zu unterbreiten. Dies hat Wirkung gezeigt. Mehr als 19.000 Ideen sind bei dem Auswahl-Gremium der Bahn eingegangen. Dabei wurden etwa 2.500 verschiedene Deutsche aus der Geschichte genannt. Aus diesen sollte eine Jury, bestehend aus internen und externen Fachleuten, 25 Namen herausfiltern, und diese sollen dann auf die zuerst in Betrieb genommenen Züge übertragen werden. Allerdings wäre zuvor die Verwendung rechtlich abzuklären.

Die Entscheidungen wurden nun im November getroffen, und die ersten vier Züge sollen bereits ab Dezember 2017 im Einsatz sein. Demnach sind auch konkret Namen von prominenten Deutschen zu diesem Zweck zu vergeben. Bei den Strecken handelt es sich u. a. um die Verbindungen Hamburg – München und Hamburg – Stuttgart.

Man weiß, Züge dieser Art tragen ausgesprochen deutlich zur Popularisierung der zugeordneten geschichtlichen Persönlichkeit bei, da die Namen auf den Flyern, den Fahrplänen und im Internet genannt werden. Auch bei der Ankündigung im Bahnhof erfahren die Züge mit ihren Namen beträchtliche Aufmerksamkeit. Da Deutschland zunehmend zu einem Touristenland geworden ist, werden diese Namen auch ins Ausland mitgenommen – und dies geschieht im positiven Sinn, denn kaum jemand dürfte unterstellen, ein renommiertes Unternehmen wie die Deutsche Bahn AG würde einen Zug nach einem unwürdigen Deutschen benennen. Die Züge selbst wurden über einen längeren Zeitabschnitt entwickelt und mittlerweile auch von Bahnkunden getestet. Sie wurden technisch und ausstattungsmäßig für sehr gut befunden, und ihnen wurde entschieden mehr Umwelt-und Familienfreundlichkeit sowie ein sparsamerer Treibstoffverbrauch im Fahrbetrieb attestiert. Erhalten sie nun noch großartige Namen, können sie durchaus als zukunftsweisende Vorzeigeobjekte im deutschen Verkehrswesen gelten.

Zur Information:

Der ICE 4 ist zwölfteilig, er hat eine Länge von insgesamt 346 Metern und kann (nach offiziellen Angaben) eine Geschwindigkeit von 250 Kilometern pro Stunde erreichen. Seine Waggons haben 830 Sitzplätze, davon befinden sich 205 in der 1. und 625 in der 2. Klasse. Die Tarife für seine Nutzung sind noch nicht bekannt.

(Info-Quelle: Internet)
Collage: ARK

Aus den Vorschlägen, die gemacht wurden, sind vorerst 25 ausgewählt worden. Dazu gehören u. a. (in alphabetischer Reihenfolge): Konrad Adenauer, Hannah Arendt, Ludwig van Beethoven, Vicco von Bülow (Humorist, bekannt als Loriot), Bertha Benz (Ehefrau des Auto-Pioniers Carl Friedrich Benz), Dietrich Bonhoeffer (NS-Opfer, Pfarrer), Willy Brandt (geboren als Herbert Ernst Karl Frahm), Hedwig Dohm (Schauspielerin), Albert Einstein, Ludwig Erhard, Anne Frank, Marlene Dietrich (Schauspielerin), Heinrich Heine, Alexander von Humboldt (Forscher, Weltreisender), Adolph Kolping (Priester, Erzieher), Marie Juchacz (Sozialreformerin), Hildegard Knef (Sängerin, Schauspielerin), Käthe Kollwitz (politisch links orientierte Künstlerin, geboren 1867 in Königsberg). Erich Kästner (Satiriker, Schriftsteller), Thomas Mann, Karl Marx, Geschwister Scholl (NS-Opfer und Widerständler), Margarete Steiff (Industrielle, Firmengründerin), Elisabeth von Thüringen (Samariterin), Fritz Walter (Fußball-Nationalspieler, Weltmeister 1954).

Da die Gesamtzahl der ICE-4-Züge laut Bahn AG bis 2023 auf etwa 100 steigen soll, werden weitere Namenszuordnungen nötig sein. Ob diese aus den bisherigen Vorschlägen ausgesucht werden oder ob weitere hinzukommen, ist nicht klar ersichtlich.

Ersichtlich ist dagegen, dass die Verwendung der nun bekanntgegebenen Namen nicht unumstritten ist. Dies meinen zumindest die Opfer des Sozialismus und Kommunismus, denn wie man nachlesen kann, taucht wie selbstverständlich der Name Karl Marx auf. Karl Marx gilt als Begründer einer Ideologie und Weltanschauung, die durch ihre Anwendung in der praktischen Politik für eine möglicherweise dreistellige Zahl von Millionen Menschen den Tod gebracht hat. Sein schriftlicher Nachlass hat wie kaum eine andere Veröffentlichung ein großes Elend und eine brutale Terrorherrschaft auf dem Erdball verursacht. Allein aus diesem Grund ist es widersinnig, nach ihm einen modernen und bequemen Zug zu benennen, in dem sich Menschen bei ihrer Beförderung sehr wohl, vielleicht sogar glücklich fühlen sollen. Da muss man fragen: geht das oder legt die Bahn AG die Marx'schen Schriften als wichtiges Werk aus? → S. 7

Man kann dem Vorwurf einer verfehlten Auswahl natürlich das übliche Argument entgegenstellen, dass Marx zu eigenen Lebzeiten ein völlig unbedeutender und auch ein gewaltloser Mensch gewesen ist. Er hatte – nehmen wir seine Freunde Engels und Wolf aus – keine Anhänger, er hat – entgegen filmischen und anderen Verherrlichungen – nie auf großen Kundgebungen gesprochen und war durchweg ohne jeden entscheidenden politischen Einfluss. Er hat keine Demonstrationen inszeniert und sich nicht an Gewaltakten beteiligt. Ohnehin hat er sich frühzeitig einer drohenden Verhaftung in Deutschland entzogen und lebte durchweg in London, wo das Interesse der deutschen sozialdemokratischen Bewegung an ihm vorbeiging.

Heute gibt es ein Gesamtwerk von 46 Bänden, das Tausende Seiten umfasst, wobei die Zahl der Bände nach Art, Umfang und Herausgeber unterschiedlich ist. Doch es ist zu beachten, dass an diesem Gesamtwerk sein Freund und Wohltäter Friedrich Engels einen erheblichen Anteil hat. Und dies nicht nur in den von ihm autorisierten und nachweisbar verfassten Schriften, sondern auch an den Marx'schen Pamphleten. (In den wesentlichen Biografien wird jeweils darauf hingewiesen, dass Engels nach Marx' Tod den zweiten und dritten Band des Hauptwerkes „Das Kapital" aus einer Vielzahl von handschriftlichen Notizen und unfertigen Passagen zusammenstellte). Zudem nimmt allein der Briefwechsel zwischen Marx und Engels mehrere Bände des Gesamtwerkes ein, auch völlig belanglose Briefe an andere Zeitgenossen sind abgedruckt, dazu eine Vielzahl an Veröffentlichungen zu Themen, die zur jeweiligen Zeit unbeachtet blieben und sich im Rückblick als geschichtlich falsch erwiesen haben.

Sicherlich war Marx ein intelligenter und wissenschaftlich ambitionierter Kopf und Autor mit teils genialen Denkansätzen, dennoch mit falschen Schlüssen. Allein im „Manifest der kommunistischen Partei", das er gemeinsam mit Engels verfasst hat, stecken unübersehbare Fehlbetrachtungen, die die Menschheit im 20. Jahrhundert in ein Jahrzehnte währendes globales Unglück gestürzt haben. Man mag dies inzwischen mit einer Art Missbrauch und falscher Anwendung der Theorie entschuldigen und auf die eigentlichen Urheber von Gewalt, Lenin und dessen Nachfolger Stalin, verweisen. So ist es dennoch nicht angemessen, Marx als großen Deutschen zu führen. Schon gar nicht, wenn man ihn dann auch noch in eine Reihe mit den Geschwistern Scholl oder Dietrich Bonhoeffer stellt. Dies waren aufrechte Widerständler, die bewusst und aufrecht in den Tod gegangen sind. Auch Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler, war politisch inhaftiert. Eine Gleichsetzung mit Karl Marx wäre nicht mal vom Standpunkt der Satire akzeptabel, wiewohl Letztere einen heutzutage auch oft frösteln macht. Es wäre Geschichtsverfälschung und eine Schändung und Missachtung der Leiden und des Elends von Millionen Opfern von Diktaturen.

Oder, und das will eigentlich nicht wirklich jemand im Lande glauben, will die Deutsche Bahn AG, wer immer sie an der Spitze verkörpert, absichtlich und im gute-Laune-Modus im In- und Ausland die Verbreitung von Geschichtslügen vorantreiben?

Immerhin haben die SED-Opfer nicht vergessen, dass in der DDR-Diktatur die damalige Reichsbahn durch Strafgefangene in der Vollzugsanstalt Brandenburg im Ausbesserungswerk von der Zwangsarbeit vieler Häftling enorm profitiert hat. Der Anteil der politischen Gefangenen war keineswegs gering. Die meisten von ihnen sind durch Gerichte nach der Haft rehabilitiert worden und waren somit unschuldig. Eine Entschädigung für die Zwangsarbeit ist nie erfolgt, wiewohl der Bahn AG vor zwei Jahren durch eine Studie der Verstoß gegen elementares Menschenrecht nachgewiesen wurde.

Vielleicht sehen sich die Konzern-Chefs der Bahn nach dem sich abzeichnenden Marx-Fauxpas veranlasst, geschichtsbezogene Hausaufgaben zu machen. Mit anderen, einfacheren Worten: Weg mit Marx, her mit der Entschädigung für Zwangsarbeit. Man könnte dies in Verbindung mit einem verbalen Aufklärungsprogramm tun. Etwa indem man vor Einfahrt des ICE 4 in die Bahnhofsansage ein, zwei Sätze zum Umgang mit den SED-Häftlingen einflicht: „Verehrte Fahrgäste, die damalige Deutsche Reichsbahn der DDR, die nach der Wiedervereinigung von der Deutschen Bundesbahn übernommen wurde, hat auf schamlose Weise politische und andere Strafgefangene unter unerträglichen Bedingungen und nahezu unentgeltlich Haftzwangsarbeit leisten lassen. Dies ist ein Verstoß gegen Menschenrecht und sollte unbedingt die nachträgliche Entschädigung zumindest der noch lebenden Haft-Opfer zur Folge haben."

Thom Haltern

Oktober 89: unvergessene Demos in Rostock

Am 19. Oktober 1989 – nach den Donnerstagsgottesdiensten der Rostocker Marien- und der Petri-Kirche fand die erste größere Demonstration statt, die durch die Fußgängerzone führte. Die Losungen „Zutrauen zur Zukunft – Neues Forum", und „Gewaltfrei für Demokratie" wurden zum Fanal des Aufbruchs. Sie wurden auch zu den nachfolgenden Donnerstagsdemos vorangetragen. Am 19. Oktober 2017 erinnerten Vertreter des Landesverbandes Mecklenburg- Vorpommern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Rostock, mit ihrem Leitspruch „Freiheit statt Sozialismus" und brennenden Kerzen an dieses Ereignis. *Andre Rohloff*

Eine Bitte

Liebe Kameradinnen und Kameraden, bitte lesen Sie den Brief auf der ersten Seite dieser Ausgabe und unterstützen Sie die Protestaktion von Maximilian Meurer, da es um die Interessen aller politischen Opfer der DDR, aber auch um ein klares Geschichtsbild für die gegenwärtigen und späteren Generationen geht. Bitte teilen Sie den Brief auf Ihrer FB-Seite oder schließen Sie sich auf andere Weise dem Protest an. Falls Sie eine eMail, Fax oder einen Postbrief senden wollen, richten Sie diesen zunächst an die Bundesgeschäftsstelle der VOS, dort werden die Schreiben gesammelt und weitergeleitet. Bitte ermuntern Sie auch Ihre Freunde und Bekannten, sich am Protest zu beteiligen. Danke für die Mithilfe.

Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Zeitzeugen und deren Lebensläufe als Wissensquelle für junge Generationen

Im Bundesland Sachsen gewinnt die Aufarbeitung des SED-Unrechts zunehmend an Bedeutung / Projektwoche an sächsischen Schulen über politische Gewalt in der DDR und SBZ

Der Schriftsteller Utz Rachowski und der Theologe Wolfram Tschiche sind vom 6. bis 10. November 2017 im Freistaat Sachsen unterwegs und diskutieren mit Schülerinnen und Schülern über politische Gewalt in der DDR. In Schneeberg, Werdau, Freital, Dresden und Grimma führen sie zehn Veranstaltungen in Gymnasien durch. Grundlage der Diskussion ist das Buch *„Das lässt einen nicht mehr los. Opfer politischer Gewalt erinnern sich“*, der aktuelle Band der Schriftreihe des Sächsischen Landesbeauftragten.

Die Referenten bewegt die Frage, ob junge Leute ohne eigene Erfahrungen mit dem SED-Regime sich überhaupt ein Bild vom Unrecht in der DDR machen können und ob Berichte von politisch Verfolgten dies befördern?

„Es ist wichtig, dass unser Zeitzeugenbuch auf Reisen geht. Auf diese Weise lernen junge Menschen diese beeindruckenden Biographien kennen, in denen es nicht nur um politische Verfolgung in der DDR geht, sondern auch um Fragen des Widerstehens, der Solidarität im Allgemeinen. Deshalb sind die Berichte auch heute so aktuell“, so Lutz Rathenow.

Die Schüler diskutieren aber nicht nur über gelesene Texte. Rachowski und Tschiche sind selbst Zeitzeugen, die einiges zu erzählen haben. Tschiches Engagement begann als 18-Jähriger mit der Niederschlagung des Prager Frühlings. In den 1980er Jahren organisierte er illegale philosophische Kreise und beteiligte sich an Aktionen der Friedensbewegung. Utz Rachowski wurde 1979 wegen Verbreitung eigener Gedichte und Texten von Jürgen Fuchs zu 27 Monaten Haft verurteilt. Utz Rachowski interviewte die 32 Zeitzeugen, die im o.g. Portrait-Band versammelt sind und ist zudem als Berater für den Landesbeauftragten in Sachsen tätig.

Neben den Schulveranstaltungen gab es eine öffentliche Abendveranstaltung. Diese fand am 6. November 2017 im Martin-Luther-King-Zentrum, Stadtgutstraße 23, in Werdau statt.

Pressemitteilung von Maximilian Heidrich Sachbearbeiter beim Sächsischen Landesbeauftragten

Über das Buch: *„Das lässt einen nicht mehr los. Opfer politischer Gewalt erinnern sich“ wurde in der* Freiheitsglocke ausführlich vorgestellt. Der Band ist mittlerweile in neuer Auflage erschienen und ist durch die unmittelbare Authentizität und die emotionalen Aussagen der Autorinnen und Autoren zu einer Publikation geworden, an der die Medien und Wissenschaftler langfristig nicht vorbei können. Die Sammlung umfasst Berichte aus mehreren Phasen der sozialistischen Diktatur und bezieht auch die kolonialisierende Rolle der Sowjetunion und deren kommunistischer Partei mit ein, ohne die das weitreichende Unrecht nicht möglich gewesen wäre. Durch die erzählerisch aufgeführten Einzelschicksale werden die Grundzüge des Besatzungssystems und dessen verlogener Ideologie sichtbar. Das Buch empfiehlt sich auch als Lesestoff für die Oberstufen der Schulen. *ARK*

Erinnerung sollte umfassend sein

Einige (unvermeidliche) Anmerkungen zur Sitzung des Neubrandenburger Stadtrats

Zu Beginn der Neubrandenburger Stadtvertretersitzung am 2. November 2017 gab der Oberbürgermeister einen Ausblick auf künftige Veranstaltungen in der Stadt. Doch weder der Oberbürgermeister, noch ein(e) Stadtvertreter(in) erinnerte mit einer einzigen Silbe an die Ereignisse des 09.November 1989.

Warum nicht?

Vor dem Hintergrund unserer jüngeren deutschen Geschichte ist der 9. November 1989 ein Gedenk- und Schicksalstag für viele Menschen. In der Funktion als Oberbürgermeister und damit als Repräsentant des Parlaments hält der Oberbürgermeister Ansprachen im Namen der Stadtvertretung und der Bürger Neubrandenburgs.

Ein Oberbürgermeister sollte sich daher nicht einseitig, sondern unparteiisch, überparteilich und um Gerechtigkeit sowie Wahrhaftigkeit bemüht äußern und verhalten. Dies ist ihm und der Stadtvertretung aus meiner Sicht während der Sitzung am 2. November 2017 in Bezug auf den 9.November 1989 nicht gelungen.

Politiker, Historiker, Philosophen, Psychologen, Ärzte, Zeitzeugen, u. a. können das Fundament einer konstruktiven Erinnerungs- und Gedächtniskultur bilden, denn nur durch die individuelle, gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung der Opfer können diese aus ihrer Opferhaltung heraus finden.

Das negative Erbe, das meistens niemand haben will, aber keiner ausschlagen darf und kann, ist ein untrennbarer Bestandteil der deutschen Geschichte und lässt den Wert einer demokratischen Gesellschaft deutlicher erkennen.

André Rohloff

Potsdam zeigt Werke, die „damals“ keiner sah

Künstler und Kunst-Insider **Andreas Kaiser** meint zu einer Ausstellung: „Nun werden uns (wie sooft) in Potsdam die politischen, hochbetagten SED-Künstler in Potsdam hinter der Maske des Weltkulturerbes vorgestellt. Ich – und sicher nicht ich allein – empfinde das als klebrig, fade und einfach nur abgeschmackt.“

Ein kleiner Sieg für die Weihnacht und für die Menschlichkeit

Weihnachten, Heiligabend – die schwerste Zeit in der Haft, aber eine der wichtigsten Erinnerungen

Das besondere Hafterlebnis

Unsere Kameradin Doris Wulf erzählt (nicht nur) uns ehemaligen Häftlingen, wie sie es schaffte, für sich und einige andere Frauen in der Haftanstalt Hoheneck in ein finsteres Weihnachtskapitel ein wenig Licht und Glanz zu bringen.

Obwohl es erst Nachmittag war, wurde es draußen bereits dunkel, und die Straßenlaternen erleuchteten den Weg. In ihrem Schein konnte ich kleine Regentropfen tanzen sehen, wie der kalte Wind sie vor sich hertrieb.

Wie sollte ich anfangen, wie sollte ich ihnen erzählen, wie besonders diese Geschichte für mich tatsächlich war. Nachdenklich drehte ich mich vom Fenster weg und kehrte der ungemütlichen Witterung den Rücken zu. Ich schaute in die neugierigen, fragenden Augen meiner Enkelkinder. Sie saßen auf der Couch und hielten mir einen Platz in ihrer Mitte frei. Ich genoss den Anblick meiner kleinen Mäuse und setzte mich zu ihnen.

Kurz schloss ich meine Augen, sammelte mich und fing an zu erzählen ...

Frauenhaftanstalt Hoheneck 1982 – 1984

Wie ihr wisst, haben wir damals in der DDR gelebt. Dort waren wir nicht glücklich, und wir wollten mit unseren Kindern in die BRD ausreisen. Folglich stellten wir einen Ausreisantrag.

Opa und ich wurden deshalb im Frühjahr 1982 von der Staatssicherheit in Rostock verhaftet. Nach der Verurteilung wurde Opa in das Gefängnis nach Cottbus verlegt und ich nach Stollberg, in die Frauenhaftanstalt Hoheneck. Das war für uns ein Schock. Wir hofften so sehr, dass wir ohne längere Wartezeit direkt in die Bundesrepublik ausgewiesen würden.

Hoheneck ist ein altes Schloss. Zu DDR Zeiten war es ein Frauengefängnis. Die Wände kalt und grau, verschlossene Türen an Türen. Es schauderte mich.

Meine große Hoffnung war es, wenigstens mit Gleichgesinnten, mit politischen Häftlingen zusammengelegt zu werden.

Ich wurde über einen langen Gang geführt. Eiserne Türen wurden vor mir entriegelt und nach mir wieder verriegelt. In mir überschlugen sich die Gefühle und Gedanken. Was erwartete mich nun?

Vor einer Tür herrschte mich eine Wächterin an stehen zu bleiben. Ich tat es. Die Schlüssel in ihrer Hand klimperten beim Aufschließen der grauen, schweren Metalltüren. Das massive Schloss entriegelte sich, und die Tür wurde geöffnet.

Es waren zwölf Betten in diese Zelle gezwängt worden. Ein kleiner Tisch stand zwischen ihnen. Es gab zwei oder drei Fenster aus Glassteine, durch das kaum Tageslicht fiel. Ein genauso trister Waschraum mit zwei Toiletten und acht Waschbecken schloss sich der Zelle an. In ihm standen auch ein kleiner Tisch mit zwei Hockern.

Wie sich herausstellte, war keine einzige Mitgefangene aus politischen Gründen in diesem Haftraum. Dementsprechend gestaltete sich der Anfang für mich ziemlich schwierig, denn meine Mitbewohnerinnen taten alles, um eine frühzeitige Entlassung zu erreichen. Das traf nicht auf einzelne Personen zu, sondern die gesamte Zelle bemühte sich um eine vorbildliche Haltung.

Sie nahmen an jeder Pflichtveranstaltung teil, ihre Arbeitsleistung war vorbildlich und so weiter. Das waren Dinge, die ich, so gut wie ich konnte, verweigerte. Wenn man aber Tage, Wochen und Monate miteinander auskommen musste, verschwanden irgendwann die Konturen, jedenfalls bei den meisten. Ich sah die Menschen hinter den Delikten. Andersherum akzeptierten sie zunehmend auch meine Gesinnung.

So verging die Zeit und Weihnachten stand vor der Tür. Das war eine schwere Zeit. Wenn man eine Familie da draußen hatte – die Sehnsucht nach den Kindern, nach dem Mann war kaum zu ertragen. Während die Frauen in meiner Zelle Päckchen von zu Hause erhielten, bekam ich keinen Paketschein.

Ja, ich habe es heraufbeschworen, und ja, es tat höllisch weh, die Frauen beim Auspacken der Päckchen zu sehen.

Ein Gruß von zu Hause, der einen nicht mehr die quälende, nagende Einsamkeit derart fühlen ließ! Nur Menschen, die Ähnliches erlebt haben, wissen, wie sehr auch die kleinste Aufmerksamkeit Balsam für die Seele ist.

Was mich aber am meisten empörte, war der Umgang mit jedem Accessoire in diesem Päckchen, welches an Weihnachten auch nur erinnerte. Selbst Einwickelpapier wurde entfernt.

Dies geschah jedoch nicht hinter dem Rücken der Frauen. Nein! Alles Weihnachtliche wurde vor den Augen der Frauen entsorgt. Dabei brach so manche in Tränen aus. Ich war so furchtbar sauer auf diese Aufseherinnen ...

Eure Oma war ja schon immer ausgesprochen einfallsreich, und so kam ich auf die Idee, einen Weihnachtsbaum für unsere Zelle zu basteln. Zu den nötigen Materialien hatte ich leider keinen Zutritt. Deshalb musste ich jemanden einweihen, jemanden, der den nötigen Zugang hatte und bat eben diese Person um Mithilfe. Der Gedanke begeisterte die Frau sehr, und mit Eifer beschaffte sie die nötigen Zutaten. Unsere Ausgangsmaterialien waren der Zellenbesen, ein paar Bögen Zeitungspapier, etwas Tusche, Stickgarn, Silberpapier von Schokolade und Klebstoff.

Zwei oder drei Nächte vor Heiligabend schlichen wir uns nun nachts ins Bad. Wir waren sehr aufgeregt. Eine Mischung aus Vorfreude und der Angst erwischt zu werden.

Unsere Anspannung war keineswegs unbegründet. Würde uns die Polizei bei Kontrollgängen erwischen, wäre unsere Bastelei beendet worden.

Die Vorfreude auf die Gesichter unserer Zimmergenossinnen war größer als unsere Furcht vor den Wachteln – wie wir sie nannten.

→ **Seite 10 oben**

Fortsetzung von Seite 10 unten

Wenn eine der Frauen nachts auf die Toilette musste, versteckten wir schnell unsere Bastelarbeiten, um unsere Überraschung nicht kaputt zu machen.

Wir hatten großes Glück, denn es gab in dieser Zeit keine Razzia.

Dann machten wir uns an die Arbeit. Aus dem Zeitungspapier schnitten wir Dreiecke. Damit sie stabil wurden, übertuschten wir diese mehrmals mit grüner Farbe. Darauf klebten wir silberne Sternchen aus Schokoladenpapier und banden alles mit grünem Stickgarn an einen Besenstiel.

Die Baumspitze erhielt einen großen silbern glänzenden Stern. Da der Besen nicht allein stehen konnte, banden wir diesen wiederum im Waschraun an eine Wasserleitung fest.

Wir hatten es geschafft. Es war die Nacht zum Heiligabend. Am Morgen riss uns ein spitzer Schrei aus dem Schlaf. Er kam aus dem Waschraum Alle Frauen sprangen erschrocken aus den Betten und rannten dorthin. Als sie unseren Weihnachtsbaum sahen, starrten sie wie gebannt darauf. Manche hielten sich die Hände vor den offenen Mund. Einige Frauen waren so überwältigt, dass sie in Tränen ausbrachen. Unsere Überraschung war geglückt!

Ergriffen, nahezu fassungslos sahen meine „Komplizin“ und ich uns an.

Da stand er nun. So einfach, so schlicht und doch so wunderschön! Irgendwie konnte ich es selbst nicht ganz fassen: Noch nie hatte mich ein weihnachtlicher Baum so berührt.

Da es kurz vor dem Zählapell war, regte ich an, den Baum hinter einem Schrank zu verstecken. Aber in all diesen Menschen, die immer der Polizei gefällig sein wollten, regle sich plötzlich Widerstand. Sie trugen ihren Baum vorsichtig in die Zelle und banden ihn auf dem einzigen Tisch gegenüber der Zellentür fest. Als diese aufgeschlossen wurde, stellten sich alle Frauen schweigend um den Tisch. Es wirkte wie ein Wall, ein Schutzwall. Der Raum lud sich mit einer besonderen Stimmung auf, welche Entschlossenheit und Einigkeit demonstrierte.

Dieses Gefühl konnte man sehen, fühlen, atmen. Dieser Anblick des Widerstandes erschütterte oder rührte wohl sogar Leutnant Leonhard, denn sie drehte sich abrupt um, um sich zu sammeln. Als sie sich uns wieder zuwandte, sagte sie nur, dass der Baum bis Mittag stehenbleiben darf.

Das war ein kleiner Sieg für die Weihnacht und das was sie verkörpert – die Menschlichkeit.

Zwei Monate später wurde ich in ein anderes Kommando verlegt. Dort lernte ich einige politische Häftlinge näher kennen. So wie meine liebe Freundin Rotraud von Dechend. Bis heute hat uns das gemeinsame Schicksal nicht mehr losgelassen!

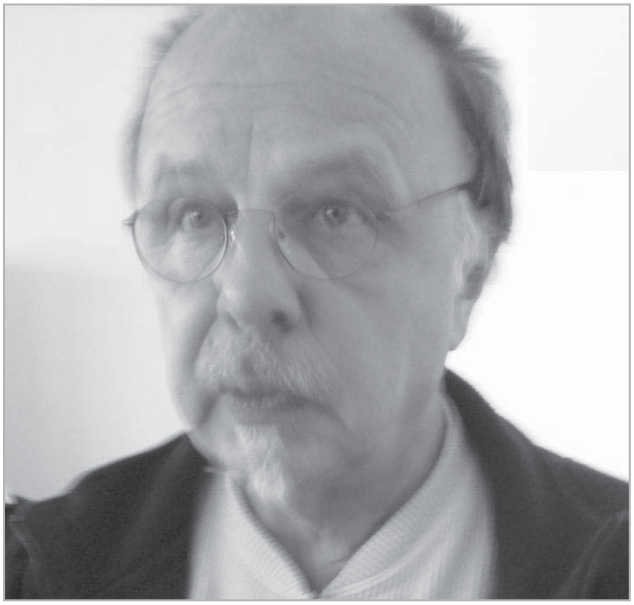
Mit diesen Worten schloss ich meine Geschichte, meine Augen. Ich atmete tief durch und kam wieder zurück in die Gegenwart ... *Doris Wulf*

Ein frohes Fest, das nie wieder hinter Gittern und mit Wach-Vorschriften stattfinden soll, sowie für das neue Jahr Glück, Gesundheit und weitere Treue zur VOS allen Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke.

VOS ab 1. Januar 2018 ohne Michael Späth

Der wohlverdiente Ruhestand ruft

Kamerad Michael Späth, den viele von uns durch die Beratungstätigkeit für die SED-Opfer kennen, gibt diese Tätigkeit ab Januar 2018 auf.



Kamerad Späth verabschiedete sich mit den freundlichen Worten: „Ein Abschnitt meines Lebens geht zu Ende.“

Die VOS dankt Michael Späth und wünscht ihm einen angenehmen und abwechslungsreichen Ruhestand mit guten Erinnerungen an unseren Verband und neuen Offerten für sein Leben.

Foto und Bericht: ARK / HD

Niedersachen meldet erfreuliche Fortschritte für SED-Opfer

Mitteilung von Hartmut Büttner vom niedersächsischen Netzwerk für SED- und Stasi-Opfer an die VOS

Wir haben den Empfehlungen der Enquete- Kommission des Niedersächsischen Landtages unseren Stempel aufdrücken können. Nun können wir auch schon einen ersten inhaltlichen Erfolg bei der Umsetzung unserer Arbeit verbuchen:

Die CDU Niedersachsen hat bereits im Entwurf eines sogenannten „Regierungsprogramms für 2018“ durch ihren Spitzenkandidaten Bernd Althusmann ein ganzes Teilkapitel den SED-Opfern gewidmet. Nicht nur der Inhalt, auch der Stellenwert dieser Aussagen ist von großer Bedeutung. Bei insgesamt 21 Kapiteln auf 100 Seiten finden sich die Aussagen bereits im Kapitel 2 „Justiz” auf Seite 14.

Ich hoffe, dass sich diese positiven Formulierungen auch nach den Beratungen unter den CDU-Mitgliedern und den CDU-Gremien im endgültigen Programm wiederfinden.

Ich würde mich freuen, wenn auch die anderen drei an der Enquete-Kommission beteiligten Landtagsparteien (SPD, FDP und Grüne) und weitere Parteien unsere Forderungen aufnehmen würden.

Hartmut Büttner

Die westlichen Teesorten von Dallmayr waren bevorzugt

Auch die DDR-Promis stellten Konsumtionsansprüche und verschmähten keine Westpakete

Der spätere DDR-Dramatiker Peter Hacks (1928 bis 2003) wurde in der schlesischen Hauptstadt Breslau geboren und geriet gegen Kriegsende 1945 in amerikanische Gefangenschaft. Im März 1946 konnte er in Wuppertal das Abitur ablegen, er zog zu seinen Eltern, die nach der Flucht aus Schlesien im bayerischen Dachau eine neue Unterkunft gefunden hatten, und studierte Theaterwissenschaft in München, wo er 1951 von Artur Kutscher (1878 bis 1960) mit einer Arbeit über „Das Theaterstück des Biedermeier“ promoviert wurde.

Als freier Autor lebte er vier Jahre in München und bekam 1954 für sein zweites Drama „Eröffnung des indischen Zeitalters“ (1954), das ein Jahr später in den Münchner Kammerspielen uraufgeführt wurde, den Dramatiker-Preis der Stadt München zugesprochen. Sein Lehrmeister als Dramatiker war der seit 1948 in Ostberlin lebende Stückeschreiber Bertolt Brecht (1898 bis 1956), auf dessen Spuren Peter Hacks 1955 mit seiner Frau Anna Elisabeth Wiede in den 1949 gegründeten „Arbeiter- und Bauernstaat“ übersiedelte.

Da seine noch immer in Dachau lebende Mutter (1896 bis 1972), Vater Karl Hacks war 1950 gestorben, Unverständnis zeigte für diesen Schritt, nahm sie ihrem Sohn das Versprechen ab, ihr jede Woche einen Brief nach Dachau zu schreiben und über seine Befindlichkeit zu berichten. Sohn Peter hat, oft missmutig und widerwillig, dieses Versprechen eingehalten bis zum Tod seiner Mutter 1972. Die 450 Briefe sind erhalten geblieben und dürften heute als unersetzliche Zeugnisse aus den ersten DDR-Jahren des Dramatikers gelten. Aus diesem Konvolut sind zehn Briefe im dritten Heft 2012 der Berliner Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ abgedruckt.

Auffallend bei diesem Briefwechsel ist, dass der überzeugte Kommunist Peter Hacks das „kapitalistische Westdeutschland“ offensichtlich mit Abscheu verlassen hat, in seinen Briefen aber offenbarte, dass er auf die Annehmlichkeiten einer „untergehenden Gesellschaftsordnung“ keineswegs verzichten wollte und deshalb den Briefen an seine Mutter fast immer Einkaufslisten für Westwaren, die er dringend benötigte, beilegte oder bereits eingetroffene Waren ausführlich würdigte oder noch ausgebliebene bei der Mutter anmahnte. So wünschte er sich zum Beispiel Käse, Rosinen, Pampelmusen, Schokolade, Mixed Pickles, Marshmallows, Nüsse, Gelatine, Oliven, Fruchtkonfekt, verschiedene Teesorten (bevorzugt waren die von Dallmayr in München), Klopapier, „Fuß-Frisch“-Spray, den großen Waschmitteleimer von Dash oder Kosmetika für seine Ehefrau. Offensichtlich war er damals nicht in den anderen Teil Deutschlands umgezogen, sondern nach Sibirien!

Mit ihren geringen Geldmitteln als Rentnerin hätte seine Mutter diesem Aufschrei nach Westwaren überhaupt nicht nachkommen können. Peter Hacks aber verdiente mit seinen Theaterstücken auch in Westdeutschland Geld, harte West-Mark nämlich, die er, dazu war er verpflichtet, hätte an eine DDR-Bank transferieren und beim Finanzamt angeben müssen. Das tat er auch, überredete aber, obwohl er in Ostberlin als überzeugter Kommunist auftrat, seinen Münchner Verleger vom Drei-Masken-Verlag, von jedem Honorar einen Teil abzuzweigen und seiner Mutter zu überweisen, die davon die heißbegehrten Westwaren bezahlte.

Noch zehn Jahre nach dem Umzug von München nach Ostberlin dankte er unter dem Datum des 30. Mai 1965 „für das Fresspaket“ und bat zugleich um Reyno-Zigaretten (Zigarettenmarke). „Shepard`s Hotel“ und urologischen Tubentee. Als ihm seine Mutter einen Kaffeeautomaten schickte, war er außer sich vor Freude und schrieb am 5. Dezember 1965: „Die Kaffeemaschine ist aufregend. Das weißgoldene Muster passt ja genau, entweder zu dem Fürstenberg-Service oder dem KPM- Service…“. Peter Hacks lebte offensichtlich schon damals in der kommunistischen Zukunft, die freilich ohne Westwaren nicht möglich war!

Da er bis zuletzt befürchten musste, bei Mutter und Bruder Jakob, der noch dazu aktives FDP-Mitglied war, auf Unverständnis für seinen Schritt über die innerdeutsche Grenze zu stoßen, schnitt er dieses Thema auch nur einmal an und äußerte sich am 9. August 1955 belustigt über die Ansichten seiner Mutter: „Es ist mir bekannt, dass Du unsere Existenz so verstehst, dass wir mit gedrückten Gesichtern auf einem Ruinenhaufen sitzen und vom Staatssicherheitsdienst mit Kaviar gefüttert werden … Ich werde nicht versuchen, Dir das auszureden. Es ist mir in fünf Jahren nicht gelungen, und es wird mir in weiteren fünf Jahren nicht gelingen. Du wirst uns mal für zwei Wochen besuchen, dann erledigt sich das von selber.“

Er verzichtete auch darauf, seinen westdeutschen Verwandten Erklärungen darüber abzugeben, warum seine beiden Gegenwartsstücke „Die Sorgen und die Macht“ (1959) und „Moritz Tassow“ (1961) verboten worden waren. Wie andere DDR-Autoren auch, die mit Staat und Partei in Konflikt geraten waren, vermied er es fortan, sich auf die riskante Gestaltung von Gegenwartsstoffen einzulassen, sondern bearbeitete Vorlagen aus der Antike und der deutschen Klassik. Mit der Komödie „Ein Gespräch im Hause Stein in Abwesenheit des Herrn von Goethe“ (1974) konnte er seinen größten Erfolg feiern.

Jörg Bernhard Bilke

Erinnerungen an Kuo

Enge Freunde und Gefährten treffen sich in Kuos „Kneipe“

Mit einem herzlichen Dankeschön für die Erinnerungsfeier des vor einem Jahr verstorbenen VOS- Kameraden Xin-hu Kuo meldete sich der Förderverein der Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen. An der Feier nahmen etwa zwanzig ehemalige Freunde und Weggefährten sowie Kuos Sohn Simon Guang-Ming teil.

Kuos Frau, die Verlegerin Anita Tykve, war bereits zwei Jahre zuvor verstorben.

In dem besinnlichen Beisammensein gedachte man nochmals des Schicksals, das Kuo erlitten hatte, wusste aber auch daran zu erinnern, wie sich aus dem gemeinsamen Kampf eine Gemeinschaft von Freunden gebildet hatte.

Ehrhard Göhl/Hugo Diederich

Ein Minimum an Recht und Gerechtigkeit muss gewahrt bleiben

VOS hält weiterhin konsequent an der Forderung nach der Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze fest

Zur anhaltenden Debatte um die Verlängerung oder Beendigung der Gültigkeit der SED- Unrechtsbereinigungsgesetze äußert sich VOS-Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich.

Die Entfristung der REHA-Gesetze ist, seit ich bei der VOS arbeite, für mich wie für alle von uns ein Thema, das mit an erster Stelle steht, und dies gilt, bis wir eine Lösung in unserem Sinne erreicht haben. Wir als VOS haben immer für eine Entfristung der Gültigkeit plädiert. Man sehe sich allein die Wahlprüfsteine – nicht nur in der jüngst abgelaufenen Wahlperiode – an. Daraus geht hervor, dass dieser Anspruch neben anderen Kernforderungen immer ein fester Bestandteil unserer jeweiligen Forderungskataloge war.

Dies hat auch mit den langen Beratungs- und Entscheidungsprozessen zu tun, die der Bundestag benötigt. Die Fraktionen des Bundestags tun sich oft genug mit ihren Beschlüssen schwer, obwohl selbst mehrere Landesparlamente schon eine Entfristung gefordert haben, um über den Bundesrat eine Gesetzesvorlage in den Bundestag zu bringen. Da verweise ich auf Berlin, Sachsen, Niedersachsen und Thüringen.

Ich persönlich bin jedenfalls zuversichtlich, dass es eine Verlängerung geben wird, obwohl es mir mitunter vorkommt, als würde hier ein Spiel auf Zeit stattfinden. Sachlich betrachtet, kann es keinen festen Stichtag geben, denn manches Opfer, das erst jetzt in Rente geht, fängt auch erst zum jetzigen Zeitpunkt an, sich mit der Aufarbeitung zu beschäftigen. Vorher hatte er (oder sie) keine Zeit oder er wusste nicht, welche Ansprüche es gibt.

Solange die Stasi-Akten noch nicht voll erschlossen sind (z. B. Säcke mit Papierschnipseln), muss die REHA möglich sein. Man stelle sich den damals 14-Jährigen aus dem Jugendwerkhof vor, der 1989 doppelt in die Freiheit gelangte: einmal aus der grausamen Jugendhaft, zum anderen in die Freiheit nach der Wiedervereinigung. Ein solcher einst Verfolgter ist heute 42 Jahre alt. Er hatte damals mit der Diktatur abgeschlossen, weil er froh war, alles hinter sich zu haben. Er wollte einfach alles vergessen. Irgendwann ist er dann 65, er beantragt die Rente und begreift, dass er gewaltige Lücken im Berufsleben und damit Einbußen im Einkommen hat. Nun ist er gezwungen, sich doch wieder mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Dann muss er die Möglichkeit haben, das – zumindest in Teilen – wiederzubekommen, was ihm der SED-Staat genommen hat.

Auch ein Häftling, der 1989 als 18-Jähriger aus dem DDR-Zuchthaus kam, ist heute erst 46 Jahre alt. Auch ihm muss man die Gelegenheit geben, sich ein Stück seines Lebens zurückzuholen und ihm ab dem Renteneintritt eine etwas höhere Rente zu zahlen.

Manch einem mag es nicht erklärlich sein, dass ein ehemaliges DDR-Opfer erst ab dem Renteneintritt mit der Aufarbeitung anfängt. Wir kennen aber diese Fälle. Der einfachste Fall ist der Freikauf: Du kommst in den Westen und wirst „neu geboren“. Du findest einen guten Job, gründest eine Familie, bekommst Kinder, baust dir ein Haus, alles läuft gut. Finanziell bist du abgesichert. Da denkt manch einer nicht mehr an die REHA. Später kommt die Erinnerung, du beginnst nachzudenken, und bei

vielen Opfern setzt die RE-Traumatisierung ein. Die Erkenntnis, dass du eigentlich mehr Rente haben müsstest, gesellt sich noch dazu. Hier muss ganz einfach die Möglichkeit bestehen, das zu beantragen, was andere bereits beantragt haben. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Wie kann ich sonst, der ich in der Diktatur gelitten und Widerstand geleistet habe, eine Wiedergutmachung erreichen?

Insgesamt ist das ein Thema, über das wir in der Fg oft schon debattiert haben und zu dem wir unsere Forderungen vortrugen. Wir müssen es weiterhin tun – bis wir Erfolge sehen. *Hugo Diederich*

Die Glosse

Der Admiralspalast ruft

Berlin, die Einheit und die SPD

Von Heinz Steudel, Berlin

Die SPD sollte sich – wenn es nach Andrea Nahles geht – auf die Linken zu bewegen. Wäre es da nicht konsequent, man würde gleich zu einem Vereinigungsparteitag einladen? Als Tagungsort bietet sich der Berliner Admiralspalast an. Der Name der ganz „neuen“ Partei ist auch nicht schwer zu finden. Das kann nur die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ sein. Aus traditionellen Gründen sollten dann alle SPD-Mitglieder, die mit der Vereinigung etwa nicht einverstanden sind, hinter Schloss und Riegel gebracht werden.

Nur leider ist das mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung (noch) nicht zu machen. Dazu müssen erst noch die entsprechenden realsozialistischen Bedingungen geschaffen werden.

Anm. d. Verfassers:
Im Berliner Admiralspalast fand im April 1946 der Vereinigungsparteitag der KPD und der SPD zur SED statt für die Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin statt.

Viele Sozialdemokraten, die sich dem widersetzten, kamen in sowjetische „Speziallager“ oder ins Zuchthaus. Darunter waren einige, die aus einem nationalsozialischen Zuchthaus kamen und nach kurzer Unterbrechung in ein kommunistisches Zuchthaus verbracht worden sind, z. B. Hermann Kreutzer.

Andere SPD-Mitglieder mussten ihre Heimat verlassen, um sich der Verfolgung zu entziehen.

Heinz Steudel

Die SPD in der Klemme

Wie soll sich die Partei verhalten?

Große Koalition, Opposition oder Neuwahlen – wie soll sich die SPD verhalten?

Will die SPD ihr Gesicht (und wenigstens den aktuellen Anteil von 20 % der Wählerstimmen) wahren, bleibt ihr nur der Weg in die Opposition mit einer konstruktiv positiven Haltung gegenüber den Entscheidungen einer schwarz-grünen Bundesregierung.

Tom Haltern

Neuer Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin

Neue Ausrichtung und Änderung der Kontaktdaten des LStU Beauftragten

Bundesvorstand und Redakteur gratulieren Tom Sello zur Berufung zum neuen Beauftragten für die Aufarbeitung der SED Diktatur im Land Berlin. Tom Sello ist seit dem 27. November in diesem Amt. Die VOS hofft weiter auf eine gute Zusammenarbeit.

Tom Sello war Bürgerrechtler in der DDR und nach der Wiedervereinigung (seit 1993) bei der Robert-Havemann-Gesellschaft.

Der Dank geht zugleich an Martin Gutzeit, der dieses Amt lange ausfüllte und für unseren Opferverband immer ein aufgeschlossener Ansprechpartner und Förderer gewesen ist.

Anschrift:
Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Berliner Aufarbeitungsbeauftragter, BAB),
Scharrenstr. 17, 10178 Berlin

Telefon: 030 / 24 07 92 - 0
Telefax: 030 / 24 07 92 – 99

Haupt-Mail:
info@aufarbeitung-berlin.de

Adresse der jeweiligen Mitarbeiter:
vorname.nachname@aufarbeitung-berlin.de
Internetauftritt
www.berlin.de/aufarbeitung

Gießen – die erste Adresse im Westen

Eine Buchvorstellung

Am 15. November fand in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde die Präsentation des Buches "Einrichten im Übergang. Das Aufnahmelager Gießen (1946 bis 1990)" der Historikerin Jeannette van Laak statt. Das Buch ist im Campus Verlag erschienen. Rund 4,5 Millionen Flüchtlinge und Übersiedler aus der sowjetischen Besatzungszone und der DDR kamen zwischen 1946 und 1990 nach Westdeutschland. Für knapp ein Viertel von ihnen war das Erstaufnahmelager in Gießen die erste Anlaufstelle.

Jeannette van Laak legt erstmals eine umfassende Geschichte des Lagers vor, das sich von einem Provisorium zur festen Einrichtung entwickelte. Die Historikerin untersucht Aufnahmepraxis und -politik und fragt darüber hinaus nach den Erfahrungen der Gewanderten.

Die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde war ebenfalls Anlaufstelle für DDR- Flüchtlinge. Es wird wie das Lager in Gießen vielen Neubürgern in Erinnerung geblieben sein. Insonderheit vor dem Mauerbau im August 1961 kamen viele Flüchtige die Stätte am Rande Berlins. *H. Diederich*

Nur ein Teil des MfS-Areals ist erschlossen

Gedenken und Nachempfinden in Neubrandenburg

Nach jahrelangen Bemühungen steht ein Teil des MfS-Areal in Neubrandenburg unter Denkmalschutz und kann als Ort der Diktatur nachempfunden werden.

Derzeit verfällt der überwiegende Teil des Ortes, und die Natur holt sich vieles zurück. Die Stadt wird Bäume, … laut Auskunft des Oberbürgermeisters erst beseitigen, wenn von diesen eine Gefahr für das Denkmal ausgeht. Auch so kann man sich ungeliebter Gedenkorte entledigen?

Dass es anders geht beweist das Land Mecklenburg-Vorpommern am gleichen Standort. Hier wurde das Mauerstück mit dem eindrucksvollen Graffiti eines argentinischen Künstlers saniert.

Foto(linke Spalte unten) und Text André Rohloff

Entstalinisierung und Aufarbeitung

Das Modell der Entnazifizierung von 1945, ähnelt dem der Entstalinisierung von 1989. Die Folge der Entnazifizierung war der Aufbau der Entschuldungsargumente, denen sich heute die Opfer des Stalinismus ausgesetzt sehen. Daher stehen die Mahner heute einer Allianz der Schuldabwehr gegenüber. Die letzten Täter der NS-Diktatur stehen heute zum Glück an anderer Stelle vor einem anderen Richter, dank einer sich wandelnden deutschen Gerichtsbarkeit. Schade, dass unser Rechtssystem dies nur unzureichend bei den Tätern der SBZ/ DDR-Diktatur vornimmt.

Schlimm und nach 27 Jahren immer schlimmer werdend, sind die Täterhaltungen nach dem Ende der DDR-Diktatur, die Rechtfertigung, die Leugnung, die Verharmlosung ihrer Taten, bis heute.

Auch wenn man meint, diese Personen wurden demokratisch gewählt. So sage ich: *„Alle haben gewusst was Honecker, ... gemacht haben. Haben sie die Menschenrechte nicht verletzt? Sie wurden doch ‚demokratisch' gewählt."*

Es ist schwer vorstellbar, dass gelebte Ideologien von heute auf morgen aus den Köpfen der Menschen verschwinden, nur weil es eine politische Veränderung gab und ein neues System entstand.

Daher muss Schluss sein mit dem demokratischen Despotismus und der Empathie für Täter.

André Rohloff

Schwerpunkt bei Vermittlungskonzepten

Aus Wahlprüfsteine der FDP:

Wir Freie Demokraten wissen, dass die Aufarbeitung und Vermittlung des Unrechts der beiden deutschen Diktaturen des Nationalsozialismus und der DDR eine kontinuierliche Aufgabe bleibt. Die Gedenkstätten wollen wir mit ausreichenden Mitteln ausstatten und durch innovative Vermittlungskonzepte die nachfolgenden Generationen erreichen. Vor allem in der Schule ist zu vermitteln, warum und wie es zu diesen Diktaturen kommen konnte, um die nachwachsenden Bürgerinnen und Bürger aktuelle und zukünftige Entwicklungen in diese Richtungen erkennen zu lassen.

Fragen, Diskussionen und Kontroversen bei der Abendveranstaltung

Das VOS-Zeitzeugen-Projekt in NRW tritt in Dorsten vor Schülern und Erwachsenen auf

Große Resonanz fand am 18. November eine Doppelveranstaltung des Zeitzeugenprojekts der VOS in NRW an der Gesamtschule Dorsten-Wulfen. Eingeladen war der Redakteur der Freiheitsglocke Alexander Richter, der unter der Moderation des Projekt-Initiators Detlef von Dechend am Vormittag im Bibliothekssaal der Schule vor etwa 100 Schülerinnen und Schülern sowie mehreren Lehrkräften über die DDR und sein persönliches Schicksal mit Haft und Verfolgung referierte.

Zu einer weiteren Veranstaltung am Nachmittag trafen in der Bibliothek etwa 30 Erwachsene ein, bei denen sich überwiegend Kenntnisse und eigene Erfahrungen aus der Zeit der Teilung Deutschlands offenbarten. Auch Bibliotheksleiter Christian Gruber, ein ausgesprochener „Fan der Wiedervereinigung" berichtete über sein Erleben am Tag der Maueröffnung. Er sei in der Nacht des 9. November, als die Nachricht der Reisefreiheit für DDR-Bürger durch die Medien ging, spontan nach Berlin gefahren, um die Atmosphäre von Jubel und Glück eine Nacht lang mitzuerleben. Als eigenen Beitrag zur Zeitzeugen- Veranstaltung zeigte er den Gästen zwei interessante „Relikte" aus der jüngeren Geschichte. Zum einen war dies ein Stück Beton, das der aufgebrochenen Berliner Mauer entstammte, zum anderen ein Bündel an Papierschnipseln, das sich schnell als Teil einer in den letzten Augenblicken geschredderten Stasi-Akte erwies. Weitere DDR- Gegenstände konnte man später begutachten: Pionierabzeichen, eine original verpackte Schachtel Karo (Zigaretten für 1,60 DDR-Mark, siehe Abbildung) und Broschüren.

Während in der Schüler-Veranstaltung die vielfältigen Fragen nach den Verhältnissen und Empfindungen der Menschen unter den Bedingungen der Teilung im Vordergrund standen, was auf die gute Vorbereitung durch den Geschichtslehrer Olaf Herzfeld zurückzuführen war, ergaben sich seitens der älteren Generation bei der zweiten Veranstaltung auch heftige Diskussionen über das wirkliche Wesen der DDR. Eine Zuhörerin erklärte mit vehementer Nachdrücklichkeit, dass sie die DDR in allen Phasen ihres Lebens als sehr entspannt und lebensfroh erlebt habe. Auf der Arbeit habe es „kein Mobbing" gegeben, die Kindergärten und Horte hätten sich gut um den Nachwuchs gekümmert und in den Vereinen habe man unbeschwert seine Interessen ausleben können.

Diese Art der Erinnerung stieß bei den anderen Gästen auf Ablehnung, Widerspruch oder einfach Gelächter. Alexander Richter erklärte dazu, dass Erinnerungen auch von persönlichen Wahrnehmungen geprägt seien. Wer sich mit der Politik in der DDR identifiziert und materiell sowie im Hinblick auf Auslandsreisen keine Ansprüche gestellt habe, für den hätten die Verhältnisse der DDR ausgereicht. Richters Leben in der DDR sei indes durchgehend von Mobbing, Überwachung und ideologischer Drangsalierung durchdrungen gewesen. Ungeachtet dessen, sagte Richter, habe auch er persönliches Glück in der DDR erlebt und Erfolgserlebnisse gehabt. Diese waren aber nicht dem Staat und dessen politischen Zielen zu verdanken. Dass er sich später mit Kritik und Auflehnung gegen das Regime gewandt habe, sei andererseits aber seine eigene Entscheidung gewesen.

Für Detlef von Dechend, der schon früh wegen eines Fluchtversuchs inhaftiert war, habe die DDR insgesamt wenig zu bieten gehabt. Kamerad von Dechend klärte die Anwesenden aber ausführlich darüber auf, dass in der DDR grundsätzlich keine Vereinsgründung ohne Überwachung seitens des Staates möglich gewesen sei. Somit könne auch niemand behaupten, dort eine vom Staat unabhängige organisierte Freizeit gestaltet zu haben. Vereine, die einer reinen Freizeitgestaltung dienten und keine politischen Ziele verfolgten, habe man dort nicht zugelassen. Da sei man staatlicherseits bedeutend radikaler verfahren als im Dritten Reich, wo es zumindest Kleingartensparten gab. Ein Vereinsrecht, wie es heute existiert und ständig benötigt werde, habe die DDR nicht gekannt. Offizielle Begründung: Der Staat erfülle mit seinen Strukturen und Angeboten alle Voraussetzungen zur Erfüllung der Interessen der Bevölkerung.

Am Rande der zweiten Veranstaltung kam es zudem zu politischen Diskussionen. Einer der Zuhörer erwies sich in seiner Einschätzung zur derzeitigen politischen Lage in Deutschland als offen verunsichert. Als ehemals treuer SPD-Wähler habe er der Partei von Martin Schulz nun nicht mehr seine Stimme gegeben. Die einstige soziale Kompetenz sei der SPD abhanden gekommen, und auch von B'90/ Die Grünen sei er enttäuscht. Diese Partei und die Mitglieder seien überaltert und bequem geworden. Er habe daher sein Kreuz bei den Linken gemacht. Richters scharfer Hinweis, dass die Linke als frühere SED eine verbrecherische Vergangenheit habe, wurde mit dem Argument abgetan, dies sei abgegolten, die Linke habe sich neu aufgestellt und sich mittlerweile fortschrittliche Ziele gesetzt. In der politischen Landschaft Deutschlands sei sie die einzige größere Kraft, die sich dem sozialen Abwärtstrend entgegenstelle und ehrliche Ziele für die Bürger verfolge.

Dies ist ein Trugschluss, aber keine Einzelmeinung in der heutigen Bundesrepublik. Gerade unter Akademikern greift der Irrglaube an die Linke als sozial humanistische Kraft zunehmend um sich. Niemand fragt nach dem zu verantwortenden Unrecht in der DDR oder gar der SBZ, wenn eine Sarah Wagenknecht mit ihren Phrasen die Talkshows des Öffentlich rechtlichen Fernsehens beansprucht.

Wichtig ist es daher, mehr Zeitzeugenveranstaltungen von der in Dorsten erlebten Intensität zu bestreiten. Mag die Geschichtsaufklärung auch nur punktuell erfolgen, so ist es doch wichtig, dass es sie überhaupt gibt. Allen, die sich daran in NRW beteiligen, sei daher Dank und Anerkennung zugesprochen. *Valerie Bosse*

Eine große, wichtige Geste zum Gedenken und für die Kunst

In Essen im Ruhrgebiet werden an der Kreuzkirche zwei original Mauersegmente aufgestellt

Hat man nicht manchmal den Eindruck, in den Alten Bundesländern ist die Erinnerung an die DDR-Diktatur, die Teilung Deutschlands und die Opfer der Berliner Mauer niemals richtig angekommen? Der Eindruck täuscht. Selbst die Linke, eine sich sozialistisch nennende Partei, hat es hier schwer. Seit mehreren Wahlperioden kämpft sie nun schon vergeblich um den Einzug ins Landesparlament NRW, wiewohl sich das Scheitern zuletzt in knappen Prozentdezimalstellen ausdrückte. Und wie man an den durchaus geglückten Veranstaltungen des Zeitzeugen-Projekts sehen kann, besteht in der Tat Interesse an der gesamtdeutschen Geschichte, demnach auch am Widerstand gegen und der Verfolgung durch die Stasi und das SED-Regime.

Auch bei der gegenständlich künstlerischen Geschichtsaufarbeitung tut sich immer mal etwas. So am 26. September 2017 in der Stadt Essen, die freilich – nimmt man Verschuldung, Arbeitslosigkeit und soziale Probleme – sicher andere Prioritäten hat. Aber wenn man sich bemüht, kommen auch Kunst und Geschichte – zumal im Verbund – zur Geltung. Dies zeigte sich unter Mitwirkung unseres insgesamt sehr rührigen Kameraden Herbert Kühn, der auch aktiver Initiator des Zeitzeugen-Projekts unter Betreuung der Ruhr-Uni Bochum ist, als in der Stadt zwei Mauersegmente aufgestellt wurden, die bereits 1999 durch den Essener Pfarrer Steffen Hunder erworben und seitdem in den Lagerräumen der Kirche aufbewahrt worden waren. Gestaltet wurden die Segmente von den Künstlern Thierry Noir und Heinz J. Kuzdas, so dass sie bereits ein attraktives Aussehen bekamen.

Auf Initiative von Pfarrer Steffen Hunder und unter Mitwirkung der Stadt Essen, vertreten durch OB Thomas Kufen, wurden die Segmente nun am Fuß der Essener Kreuzkirche aufgestellt, was ohne die Mitwirkung der angesehenen Essener Firma Allbau GmbH, die als großzügiger Sponsor auftrat, nicht möglich gewesen wäre. Die Allbau GmbH, bei der Einweihung durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Thomas Rotter vertreten, ist in Essen auch anderweitig bei der Förderung gemeinnütziger Projekte aktiv, was man der Web-Site der Firma entnehmen kann.

Das Foto wurde uns freundlicherweise von der Firma Allbau GmbH zur Verfügung gestellt. Personen, vordere Reihe von links: Oberbürgermeister Thomas Kufen, Herbert Kühn, Minister a. D. Rainer Eppelmann, Pfarrer Steffen Hunder, Alexander Wiegand. Hintere Reihe links: Thomas Rotter (Allbau GmbH)

Der aus Frankreich stammende Künstler Noir siedelte bereits in den 1980er Jahren nach West- Berlin. Er schlug dort Wurzeln und begann zu Zeiten der Teilung intensiv mit der „Mauer-Malerei“ von westlicher Seite, was nicht ungefährlich war. Man weiß: Auch die West-Seite der Mauer stand auf DDR-Gebiet, und so wären die Grenzposten befugt gewesen, ihn vorübergehend festzunehmen oder sogar auf ihn zu schießen. In seiner Gestaltung entwickelte Noir früh einen eigenen Stil. Erkennbar sind seine „Mauer-Werke“ durch große, rundflächige Figuren, über deren Interpretation durchaus nachdenken sollte. Verwiesen sei an dieser Stelle auf die Berliner Eastside-gallery, wo weitere seiner Werke zu sehen sind. Die Eastside-gallery wird häufig von Touristen und Einheimischen umschwärmt.

Heinz J. Kuzdas, der zweite hier beteiligter Künstler, hat sich über die Mauergestaltung hinaus einen guten Namen bei der Bemalung und der Umgestaltung von Beton- und Wandflächen – nicht nur in Deutschland – gemacht. Man kann sich über seine Arbeiten, die von Vielfältigkeit gekennzeichnet sind, ebenfalls im Internet informieren. Wer also den Weg nach Essen nicht scheut, der begibt sich bei der Besichtigung der Mauersegmente nicht nur auf einen geschichtlichen Exkurs, sondern der erfährt auch einiges über moderne und großflächige und eben auch geheimnisvolle Kunst.

Weiterer Gast bei der Denkmal-Übergabe war Pfarrer Rainer Eppelmann, ehemals Minister, jetzt Vorsitzender bei der Stiftung zur Aufarbeitung von SED-Unrecht. Seine Teilnahme steht für die Ehrung und das Gedenken, die wir den mehr als eintausend Toten an der innerdeutschen Grenze schulden. Zum einen erinnern die kunstvoll gestalteten Segmente an den Drang der Menschen nach einem Leben in Freiheit und damit verbunden an den Mut zu dem hohen Wagnis der Flucht, zum anderen wird uns die Erbarmungslosigkeit eines Systems, das sich humanistisch und weltoffen bezeichnete, ins Gedächtnis gerufen.

→Seite 16 oben

→von Seite 15

Der Respekt, den wir dem einstigen DDR-Pfarrer Eppelmann für seine mutigen Auftritte im untergehenden SED-Staat und für seine konsequente Haltung bei der Aufarbeitung des Unrechts entgegenbringen, gebührt auch vielen anderen, die ungenannt bleiben und deren Namen vielleicht niemals mehr erwähnt werden.

Es ist eine große Geste der Stadt Essen, der Kirchengemeinde und dem Sponsor Allbau, sich 28 Jahre nach dem Fall der Mauer hier so engagiert eingebracht zu haben. Nicht zu vergessen auch unser (neues) VOS-Mitglied Alexander Wiegand, dessen persönliches Lebensschicksal wir im Juni in der Freiheitsglocke ausführlich schilderten. Kamerad Wiegand ist in seiner Region vielfach durch selbstlos betriebene, gemeinnützige Aktivitäten bekannt geworden. Auch für seine Mitwirkung in der VOS und in der Aufarbeitung des Unrechts sind wir dankbar.

Tom Haltern

Die meisten kamen ungeschoren davon

Im Bundesland Brandenburg wurde im November die Stelle der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) neu besetzt. Für die bisherige Beauftragte Ulrike Poppe ist künftig Dr. Maria Nooke tätig.

Anlässlich des Amtsantritts hielt Frau Dr. eine Rede, in der sie sich mit dem Verlauf der Aufarbeitungsgeschichte und der Situation der Kommunismus-Opfer auseinandersetzte.

Nachstehend sind einige Auszüge zu lesen.

Der Schriftsteller J. Becker schrieb in seinem Roman „Bronsteins Kinder“: dass man sich von Ereignissen, die aus dem Gedächtnis entfernt werden sollen, zunächst ein möglichst genaues Bild machen muss. Und dies gelte erst recht für Erinnerungen, die man bewahren will. Wir Deutschen – zwangsläufig und leidvoll erfahren mit der Geschichtsaufarbeitung und mit dem Hang zu Komposita – haben dafür das Wort Erinnerungskultur kreiert. Im Volksmund ist der Slogan: Vergeben, Vergessen, Vorbei geläufig. Er mag, wenn es denn wirklich so einfach ist, für die Überwindung persönlicher Traumata oder familiärer Konflikte geeignet sein. Für die Aufarbeitung einer totalitären Diktatur taugt er nicht.

Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur hat gezeigt, dass die Forderung nach einem Schlussstrich eine Illusion ist: Vergangenheitsaufarbeitung ist ein fortdauernder Prozess. Dass gilt auch für die zweite, die kommunistische Diktatur auf deutschen Boden. Allerdings hat die friedliche Revolution die Gewohnheit durchbrochen, dass dem Ende einer Diktatur kurze und blutige Säuberungen folgen. Was wiederum als Nebenwirkung zu einem milden Umgang mit den vormals Herrschenden geführt hat. Das erklärt auch die geringe Strafverfolgung. Kaum einem der verantwortlichen Systemträger und Nomenklatur-Kader wurde ein Haar gekrümmt. Die meisten kamen ungeschoren davon. Erich Honecker sollte kein zweites Mal in den Brandenburger Knast. Die Höchststrafe lautete HaNeu. Eine Plattenbauwohnung in Halle - Neustadt.—Die Stasi war zwar nicht mehr Schild und Schwert der Partei, doch durch die inszenierte und leidenschaftlich geführte IM-Debatte noch immer Schild für die eigentlichen Auftraggeber. Heute sind es nicht mehr die Verstrickungen von damals, sondern das Verschweigen und Verleugnen, die Anstoß erregen.

Es waren ja nicht nur die Inoffiziellen Mitarbeiter, die willfährig berichtet haben. Das fing bereits früh an. Schon wenn man schreiben konnte, waren vom Pionier-Gruppenrat Berichte über die Stimmung in der Schule und über die Mitschüler gefragt. Das lückenlose Berichtswesen erstreckte sich von den Straßen- und Hausvertrauensleuten, den Abschnittsbevollmächtigten bis zu den Kaderleitern Gewerkschafts- und Parteisekretären.

Aus Platzgründen gekürzt

Die Suche geht weiter. Wer kann helfen?

Noch keine Spur vom Cottbuser Haft-Zeichner

In der vorigen Fg-Ausgabe hatten wir auf der Titelseite die Arbeit eines unbekannten Zeichner-Talents vorgestellt und gefragt, wer erinnert sich an den Künstler, der diese und weitere Zeichnungen in der Haft gefertigt haben könnte. Sie waren mit den Initialen F. T. unterzeichnet.

Es ist leider noch keine Reaktion eingetroffen. Daher möchten wir die Frage an dieser Stelle wiederholen. Wie erwähnt, waren die Blätter von einem ehemaligen Mitarbeiter des Wachpersonals gefunden und vor der Vernichtung gerettet worden. Es wäre in der Tat interessant und auch für die geschichtliche Aufarbeitung von Bedeutung, mehr über die Zeichnungen und ihren Schöpfer herauszufinden.

Wer erinnert sich an eine Begabung? Gibt es noch mehr Blätter? Wer hat eine Idee, von wem die geheim gehaltenen Blätter stammen könnten?

Der Fg-Redakteur

Buchtipp

Zeugnis der Zusammenarbeit zwischen Bautzen-Komitee und Landesbeauftragtem

Novembertermin: Der Schauspieler Jochen Stern liest in Bautzen aus seinem zweiteiligen Buch „Die ewige Morgenröte“

Der Autor Jochen Stern liest in der Stadtbibliothek Bautzen aus seinem zweiteiligen Roman „Die ewige Morgenröte“. Der erste Teil befasst sich unter dem Titel „Tage des Erwachens“ mit der jungen Nachkriegsgeneration und ihrem Versuch, am Wiederaufbau und am demokratischen Aufbruch in Frankfurt/Oder mitzuwirken. Doch allmählich wandelt sich der Anfangselan der jungen Menschen zur großen Enttäuschung, vor allem nach der Gründung der SED.

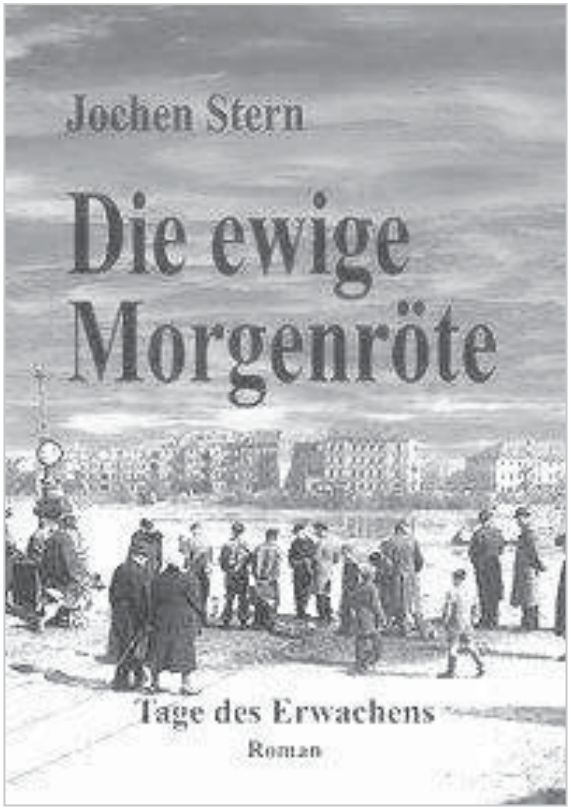
Jochen Stern wurde 1928 in Frankfurt/Oder geboren und wuchs dort auf. Nach dem Krieg wurde er Neulehrer und nahm Schauspielunterricht. 1946 trat er der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands bei. Aufgrund seines Engagements für diese Partei wurde er 1947 vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und in Bautzen inhaftiert.

Nach sieben Jahren Haft ging er in den Westen. Dort holte er in Göttingen das Abitur nach und studierte Jura. Seit 1957 arbeitet er als Schauspieler in Bonn und wirkt bei verschiedenen TV-Serien mit. Bekannt wurde er vor allem durch seine Rolle des „Koslowski“ in der Kultserie „Ein Herz und eine Seele“. Im Roman „Die ewige Morgenröte“ verarbeitet Jochen Stern eigene Erlebnisse, die sich mit dem Schicksal vieler Altersgenossen jener Zeit kreuzen. Alle im Roman enthaltenen Geschehnisse sind authentisch, manche Personen sind teilweise fiktiv.

„Dass Jochen Stern an seinen ehemaligen Haftort zurückkehrt und hier mit dem Publikum über seine Erfahrungen ins Gespräch kommt, ist wichtig, denn Aufarbeitung braucht lokale Verankerungen. Dass das Bautzen-Komitee eine solche Lesung organisiert und Unterstützung beim Landesbeauftragten einholt, zeugt zudem von der engen Zusammenarbeit verschiedener Aufarbeitungsinstitutionen“, so der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Lutz Rathenow. Die Lesung findet am 7. November 2017 in der Stadtbibliothek Bautzen, Schlossstraße 12, statt. Moderiert wird die Veranstaltung von Dr. Nancy Aris, der stellvertretenden Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Nancy Ari, Stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte

Anm. d. Red.: Der Terminhinweis erfolgte wegen der Wichtigkeit des Buches, obwohl er abgelaufen war.



Buch und Autor:

Über unseren Kameraden Jochen Stern ist in der Fg schon viel berichtet worden. Er gehört dem Zeitzeugenprojekt NRW an, und nicht zuletzt ist er durch seine Bekanntheit eines der Aushängeschilder der VOS und ein Repräsentant der SED-Opfer geworden. Durch seine freundliche, charismatisch bescheidene Art zeigt er, dass Erinnern und Mahnen vor allem durch Sachlichkeit und Wahrheitsliebe Aufmerksamkeit finden können.

Dass er nun sein literarisches Werk – das von beachtlichem Umfang ist – um einen Doppelband erweitert, lässt die Öffentlichkeit ein weiteres Mal aufhorchen. Dies ist gerade in einer Zeit, in der sich linke Parteiauftritte von den Verbrechen der alten SED loslösen und den nachwachsenden Generationen ein sozial ambitioniertes Bild des Sozialismus und Kommunismus vorgaukeln können, wichtig. Dass Menschen vor keineswegs langer Zeit von der Straße weg verhaftet oder aus der eigenen Wohnung abtransportiert werden konnten, wird durch Sterns umfassende Erzählung noch einmal gegenwärtig. Die Authentizität, mit der der Autor aufwartet, gibt dem Buch eine besondere geschichtliche Note und sollte insonderheit viele junge Leserinnen und Leser ansprechen und zum Nachdenken anregen.

Schauplatz der Handlung ist die Stadt Frankfurt/Oder, wo Jochen Stern nach dem Krieg beheimatet war. Es ist die Epoche der Sowjetischen Besatzungszone, in der sich das NKWD austobt, was auch Jochen Stern zu spüren bekam. Diktator Stalin nimmt grausame Rache an den Deutschen in seinem Machtbereich, und er hat die Faust schon weit genug ausgestreckt, um bald auch das restliche Deutschland unter seine Herrschaft zu bringen und damit ein für alle Mal die Dominanz in Europa zu gewinnen. Der politische Widerstand, der sich von Anbeginn in der Sowjet-Zone formiert, soll durch Gewalttaten und ein gnadenloses Schreckensregime – gemeint sind unfassbar hohe Haftstrafen und zahllose Todesurteile, die auch vollstreckt wurden – gebrochen werden. Geschont werden weder Junge noch Alte, ebenso wenig Unschuldige oder Harmlose. *B. Thonn*

Jochen Stern: **Die ewige Morgenröte** – Tage des Erwachens. (Teil 2: Das Leben ist kein Spiel), Rehau 2017, 12 Euro, 9783944370576

THEATER: Wer das sieht, wird unmittelbar mit hineingerissen

Schülerinnen und Schüler des von-Stein-Gymnasiums Bünde mit einem atemberaubenden Stück

Wer immer Theater macht, der ist mutig. Dies ist nicht der Satz eines großen Literaten oder eines Philosophen, sondern einfach eine Erfahrung, die nun die Schülerinnen und Schüler des Projektkurses Geschichte am von-Stein-Gymnasium der ostwestfälischen Stadt Bünde erleben durften. Theater machen, das kann heißen, ein Stück zu schreiben, und es kann heißen, ein Stück auf die Bühne zu bringen und dieses einem gleichsam kritischen wie neugierigen Publikum vorzuführen.

Der Bündener Geschichtskurs versuchte (und schaffte) beides. Die Jugendlichen verfassten unter Mitwirkung ihres Lehrers und unter Beigabe vieler sachlicher Hinweise unseres langjährigen VOS- Kameraden Bernd Pieper ein Stück mit dem Titel „Roter Terror“ und brachte es gleich zweimal zur Aufführung. Am 20. November 2017 fand in der Schule die Premiere statt – und diese wurde zu einem kolossalen Erfolg. Ebenso erfolgreich verlief die Wiederholung am darauffolgenden Abend.

Roter Terror, der Name ist für jene politischen Häftlinge, die in der Vollzugsanstalt Cottbus eingesessen haben, ein Begriff. Einer der besonders scharfen Wachleute hatte von den Häftlingen diesen Namen bekommen, da er sich aus der Schar der üblen Schließer durch besondere Schikanen und Machenschaften noch hervorhob. Roter Terror ist jedoch auch die Methode, mit der der SED-Staat gegen all jene vorging, die sich ihm mit Widerstand und Ablehnung entgegenstellten, die auch einfach unter der breiten Gruppe der Andersdenkenden zu finden waren. Roter Terror bedeutete in institutioneller Form Staatssicherheit, Volkspolizei, Armee oder Zoll – zusammengefasst: Staatsmacht.

In diesem Theaterstück sind die Charaktere klar zugewiesen. Da sind die jungen Studenten, die zunächst zögernd, über die diktatorischen Züge des SED-Regimes nachdenken und sich allmählich damit auseinandersetzen. Sie erkennen Grenzen, Verbote, das Eingeengt-Sein und fühlen den Wunsch nach Freiheiten, die der Staat nicht zulassen wird.

Auslöser für das Überschreiten der Denk-Vorschriften ist ein Artikel aus dem westlichen Zeitungsmagazin SPIEGEL, den man in der DDR bestenfalls illegal zu lesen bekam und dessen Besitz einem allein schon eine Haftstrafe einbringen konnte.

Die Jugendlichen gründen einen Diskussionskreis, und sie drucken und verteilen Flyer mit DDR-kritischen Textbeiträgen. Ein Straftatbestand, der, da dies – durch Beteiligung von mehr als zwei Personen – zudem als Bandenbildung gilt, mindestens sechs Jahre Haft zur Folge haben kann.

Weiterhin ist da die Studentin Susanne, bei der ein schickes Outfit für den beginnenden Tag unerlässlich ist. Sie ist mit einem Jungen aus der vorgenannten Dissidenten-Gruppe liiert und möchte gern mehr Freizeit mit ihm verbringen. In ihrer Ausgangshaltung ist sie politisch unbedarft, was sich jedoch im Verlauf des Stückes ändern könnte … denn – man möchte das Ende des Stückes nicht vorwegnehmen – sie spielt allmählich keine positive Rolle.

Ein anderer Student gibt sich ebenfalls als unpolitisch aus, er möchte seine neutrale Haltung auch bewahren. Doch wer die DDR erlebt hat, der weiß, dass eine derartige Haltung für die Staatsmacht keineswegs akzeptabel ist. Wer keine Meinung hat und sich zu nichts bekennt, der ist erst recht verdächtig, der bietet zudem reichlich Angriffsflächen für die feindliche Ideologie.

Demgegenüber stehen die staatstreuen Charaktere. Da ist Hauptmann der Staatssicherheit Schmidt, ein ausgekochter Vernehmer, der die Beschuldigten-Klientel nur zu gut kennt und in den Verhören mit ihnen entsprechend zu verfahren weiß. Sein Ziel ist es, die ihm zugeführten Verbrecher hart zu bestrafen, sie unschädlich zu machen, zu vernichten. Für menschliche Gefühle und die Wünsche und Gedanken anderer Mitbürger ist er blind. Er ist der Befehlsempfänger, der bedenkenlos töten würde, wenn man ihm sagt, dein Staat ist in Gefahr, der Imperialismus bedroht das sozialistische Lager.

Ihm zur Seite steht Tellermine, ein Berufssoldat und Gesinnungsgenosse, der in der U-Haft des MfS den Wachdienst versieht. Seine Einstellung ist unmenschlich und radikal. → *nächste Seite*

Dies hängt mit seinem erbärmlichen geistigen Niveau und seiner stark ausgeprägten Lust Gewalt auszuüben zusammen. Er könnte ebenso gut den brutalen KZ- Aufseher im Dritten Reich verkörpern. Für ihn zählt das Bewusstsein, auf der richtigen Seite zu stehen. Dies ist die Seite der Starken, der Sieger. Zweifel an seiner Haltung sind ihm fremd. Die Gefangenen jenseits der Eisentüren sind für ihn „Gesindel“ und „Dreckschweine“. Er unterscheidet sich kaum von jenem eingangs erwähnten Schließer, dessen Name „Roter Terror“ lautet und der seinen Dienst im Strafvollzug von Cottbus getan hat. Sein Credo besteht aus den Schlagworten der Sozialismus-Treue, das er mit Härte und Gewalt gegen die Häftlinge durchsetzen wird.

Letztere, diese Häftlinge, werden neben den später inhaftierten Jugendlichen durch einen ebenfalls inhaftierten Theologie-Professor, dem man die Aufwiegelung seiner Studenten vorwirft, und durch einen aufmüpfigen jugendlichen Staatsfeind, einen erklärten Rebellen, dargestellt. Ausgerechnet die zwei zuletzt Genannten müssen sich eine Zelle in der U-Haft Berlin-Hohenschönhausen teilen. (Wer selbst in einer solchen Zelle gesteckt hat, der weiß, dass die Stasi bei der Belegung genau berechnete, wie sie sensible Gefangene durch das Hinzulegen von wirklichen Verbrechern innerhalb kurzer Zeit zermürben konnte. Manchmal reichte es schon, wenn man einen Raucher zu einem Nichtraucher in die enge Zelle legte). Und beide, der Ältere und der Jüngere, verhalten sich gegensätzlich. Der Professor ist lebenserfahren, er bleibt ruhig und abwartend, weil er keinen Sinn in der wütenden Auflehnung gegen das Wachpersonal sieht. Der junge Mann hingegen gibt ordentlich Gas, er legt sich mit Handgreiflichkeiten und Beschimpfungen mit den Wachleuten an, was ihm freilich nicht sonderlich gut bekommen wird.

Durch diese charismatischen Figuren sind die Strukturen für einen spannend realistischen Plot abgesteckt. Die jungen Darsteller – es sind wie erwähnt Schülerinnen und Schüler des Geschichtskurses – können sich gut und eindringlich in die Rollen einfügen, teils auch hineinsteigern. Damit entsteht ein Stück, das zugleich Lern- und Lehrstoff ist und das die Bühne durchgehend mit Spannung füllt. Zudem werden konkrete Fakten und Zahlen über das System vermittelt. Strafvollzug, Freikauf, Stasi-Mitarbeiter, Informationen zur Mauer, zur Art des Widerstandes gegen diese DDR. Es ist eine zusammengefasste Verbrechensstatistik im Schlussteil der Aufführung, mit der die Zuschauer einen sachlich gestalteten Einblick in das Wesen der SED- Diktatur bekommen sollen.

Erstaunlich, dass zuletzt ebenfalls ein Brückenbogen zum heutigen (unzureichenden) Datenschutz geschlagen wird. BND und NSA haben mittlerweile weitaus bessere Möglichkeiten, sich über die Bürger unseres Landes zu „informieren“. Sie brauchen nicht derart viele Mitarbeiter wie sie das MfS für die Spitzelei und Verfolgung von Millionen Mitbürgern beanspruchte, sie könnten, wollten sie das, aus der Ferne unseren Puls messen. Die Frage lautet indessen: Wird das wirklich geschehen? Und egal, ob ja oder nein, Angst macht uns das durchaus.

Und doch gibt es heute einen wesentlichen Unterschied zur DDR: Wir können, wenn wir uns bedroht und ausspioniert fühlen, offen darüber reden. Wir können nachfragen, uns beschweren, sogar aufschreien oder vor Gericht gehen. Und wir werden dafür nicht bestraft.

Damals war das anders. Da musste man sich alles gefallen lassen, da hatte man keine Rechte zur Gegenwehr. Man war ausgeliefert. Leider wissen das nicht mehr alle. Und gerade darum – und auch weil es von so engagierten jungen Menschen geschrieben und inszeniert wurde – ist dieses Stück so wichtig, sollte man es noch einige Male vortragen und auch anderen Schulen übermitteln. Die Opfer von einst würden das begrüßen. Sie sind denen dankbar, die es zustande gebracht haben. *ARK*

Fotos: © von-Stein-Gymnasium Bünde (bearbeitet vom Redakteur)

Freier Fall in Richtung Armutsgrenze?

Das RÜG und die Folgen

Aus der Presseerklärung

Wenige Wochen vor seinem Tod beteiligte sich unser Kamerad Dr. Wolfgang Mayer noch an der Herausgabe einer Pressemitteilung zum Thema Rentenunrecht

300.000 DDR-Übersiedler, Flüchtlinge, politische Häftlinge und Freigekaufte, die zum Teil lange vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes Bundesbürger mit allen Rechten und Pflichten in der Bundesrepublik Deutschland geworden waren, sind aufgrund des bewusst falsch ausgelegten Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) über Nacht wieder zu DDR-Bürgern gestempelt worden. Die ungesetzliche Anwendung des RÜG auf die Flüchtlinge bedeutet, dass auch Zahlungen in die „freiwillige Zusatzversicherung der DDR“ bewertet werden. Eine solche Versicherung wäre aber für Flüchtlinge, die unter großen Opfern die DDR verlassen wollten, vollkommen sinnlos gewesen. Nicht nur, dass die Flüchtlinge keine Rente von der DDR begehrten; viele der Betroffenen, insbesondere Frauen, erreichten das hierfür geforderte Einkommen von 600 DDR-Mark gar nicht.

Nachgewiesen ist inzwischen, dass viele Betroffene dadurch deutlich unter die Armutsgrenze sinken. Das trifft auch für Menschen mit hohen Qualifikationen zu, wobei die finanziellen Auswirkungen sehr unterschiedlich sind. Am härtesten trifft es Ehepaare mit Rentenverlusten bis zu 800 Euro. Hierzu gibt es weder genaue Zahlen noch Vergleichsberechnungen. IEDF/ VOS

Wir trauern um

Eberhard Hollstein	**Bezirksgruppe Freiberg**
Dr. Siegfried Steiger	**Bezirksgruppe Karlsruhe**
Siegfried Göthel	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Johannes Wagner	**Bezirksgruppe Suhl**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Zum Jahreswechsel

Andre Rohloff aus Neubrandenburg erinnert:

Albert Schweitzer sagte mit dem großartigen Wort: „Wahrhaftigkeit ist die Grundlage geistigen Lebens.“ Wir müssen immer wahrhaftig sein. Wir würden ja unseren Unterdrückern und denen, die uns vergessen wollen, geradezu in die Hände spielen, wenn wir wie sie handelten und denken!

Daher lasst uns weiterhin für unsere Rechte eintreten! ***

Zum Jahresende ist wie sonst auch unser unverwüstlicher Kamerad Gustav Rust in Berlin auf seinem Stammplatz zwischen Brandenburger Tor und Reichstagsgebäude direkt neben den Kreuzen für die Maueropfer anzutreffen.

Wie schon mehrfach berichtet, sammelt Gustav Rust hier Spenden, die er für Kränze oder Blumengebinde zu Ehren der Mauer- und Gewaltopfer verwendet. Oft genug sucht er das Gespräch mit Touristen, denen nicht selten grundlegende Informationen zur deutschen Geschichte fehlen. Mit seiner (übrigens sehr gut erhaltenen) Knastuniform, die man vor allem an den gelben Streifen erkennt, bildet er einen wesentlichen Kontrast zu den vielen Geschichtsverfälschern, die hier in befremdlichen Kostümierungen und mit kindischen Events für ein bisschen Aufsehen sorgen möchten, das sie anderswo nicht finden.

Gustav Rust hat in mehreren Büchern und Fg-Beiträgen über sein persönliches Schicksal und über die Verhältnisse in der DDR berichtet. Über seine Veröffentlichungen kann man sich in der Bundesgeschäftsstelle der VOS informieren. Der Redakteur der Freiheitsglocke wünscht Gustav Rust noch viele wichtige Stunden an seinem außergewöhnlichen Platz an der Touristenfront. Und wer als VOSler Berlin besuchen sollte, der sollte in der Nähe des Reichstagsgebäudes durchaus das Gespräch mit Gustav Rust suchen.

Allen Leserinnen und Lesern unserer Zeitung sei hiermit ein friedliches Weihnachtsfest gewünscht und für das neue Jahr Glück und Gesundheit und Stabilität in unserem Verband. ***ARK, HD, BV***

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 783/ 784 erscheint Januar/Februar 2018
Redaktionsschluss der FG 781/782 am 28. November 2017